

**Begleitende wissenschaftliche Evaluation
des Teilprojekts
*Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern***

– Projektbericht –

Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich und Andrea Heuer
Lehrprofessur für Methoden der Empirischen Sozialforschung
Universität Passau

Dezember 2016

veröffentlicht unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:739-opus4-4504>

Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14b
94030 Passau
Tel.: 0851 509 2725
Email: Horst-Alfred.Heinrich@uni-passau.de

Inhaltsverzeichnis

I Abkürzungsverzeichnis	3
II Tabellenverzeichnis	3
III Abbildungsverzeichnis	3
IV Projektbericht	4
1 Einleitung	4
2 Theoretische Konzeption	5
3 Methodisches Vorgehen	6
4 Ergebnisdarstellung	9
4.1 Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen	9
4.2 Bezüge zum Thema Flussperlmuschelschutz und Enrolment der Akteure	14
4.3 „Koalitionen“ und „Feindschaften“ unter den Akteuren	16
4.4 Vorschläge der Interviewpartner für den FPMS	22
5 Zusammenfassende Analyse zum Netzwerk um den FPMS	26
6 Handlungsempfehlungen	28
7 Zusammenfassung des Projektberichts	29
V Quellenverzeichnis	31
VI Anhang	32
a. Grafik: Ergebnis der Stakeholder-Analyse	32
b. Dossier: Konflikte in den Gemeinden – Ausführlichere Darstellung	34
c. Dossier: Konflikte und Freiwilligkeit in der Landwirtschaft	37
d. Dossier: Die Verträglichkeit von Tourismus und FPMS aus Sicht der Befragten	40
e. Tabellarische Übersicht: Bisherige Kontakte mit dem FPMS	43
f. Tabellarische Übersicht: Lokale Zusammenschlüsse rund um die Ilz und ihr Verhältnis zur FPM	44
g. Einladung: Versammlung zum Umgang mit Wildschweinen	45

I Abkürzungsverzeichnis

FPM:	Flussperlmuscheln
FPMS:	Flussperlmuschelschutz
KL:	Konventionelle Landwirtschaft/Konventionelle LandwirtIn
LW:	Landwirtschaft/LandwirtIn(nen)
ÖL:	Ökologische Landwirtschaft/Ökologische LandwirtIn(nen)
TFN:	Trärgemeinschaft zur Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern
WWA:	Wasserwirtschaftsamt

II Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen	9
Tabelle 2: Verträglichkeit von Tourismus und FPMS aus Sicht der Befragten.....	40
Tabelle 3: Übersicht: Bisherige Kontakte mit FPMS-Projekten.....	43
Tabelle 4: Lokale Zusammenschlüsse um die Ilz und ihr Verhältnis zur FPM	44

III Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ergebnisse der Stakeholder-Analyse	33
Abbildung 2: Einladung für eine Versammlung zum Umgang mit Wildschweinen	45

IV Projektbericht

1 Einleitung

Das Projekt *Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern* ist Teil des durch den Bund unterstützten Artenschutzprojektes für Maler- und Flussperlmuschel *ArKoNaVera*. Es hat zum Ziel, die Populationen von beiden Perlmuschelarten in den Gewässern Deutschlands langfristig zu stabilisieren. Drei Pilotprojekte sollen regional Wissen über Praktiken zur Förderung dieser Populationen anhand verschiedener, aufeinanderfolgender Phasen von Forschung und Umsetzung generieren.

Das Teilprojekt in Niederbayern wird getragen von der Trägergemeinschaft zur Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern (TFN), den Landkreisen Passau, Freyung-Grafenau, Regen, der Stadt Passau sowie dem Landschaftspflegeverband Passau und hat die Aufzucht und Ansiedlung von Flussperlmuscheln zum Ziel. Es beinhaltet als Teilziele die Gewässeroptimierung durch Flächentausch und Landnutzungsänderungen. Nicht zuletzt soll der Schutz der Flussperlmuscheln durch Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsmaßnahmen im Bewusstsein der Bevölkerung langfristig verankert werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Projekts ist die TFN auf die Kooperation weiterer Akteure angewiesen. In diesem Zusammenhang kommt der Evaluierung der Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren ein zentraler Stellenwert zu, da so zunächst der Istzustand der Verankerung des Flussperlmuschelschutzes in der Region und damit die Positionen aller Beteiligten festgestellt werden kann. Im weiteren Verlauf des Projekts wird es dann darum gehen, die Wirksamkeit unterstützender Maßnahmen zu prüfen und zu verifizieren, ob beziehungsweise wie weitgehend es zu einem Wandel der Einstellungen bei den Beteiligten gekommen ist.

Die wissenschaftliche Projektbegleitung erlaubt somit verlässliche Aussagen über die jeweils angestoßenen politischen Prozesse. Mittels Experteninterviews lassen sich, basierend auf Theorien über den Erfolg von sozialen und technischen Innovationen, die einzelnen Einflussfaktoren für die Erfolgsaussichten des Projekts erkennen. Auf der Basis dieser Informationen geht es im ersten Evaluationsschritt darum, Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Implementation des Flussperlmuschelschutzes durch die TFN abzuleiten. Der zweite Schritt, der für das Jahr 2018 geplant ist, zielt – in einem begrenzten Rahmen (Beschränkung auf eine schriftliche Befragung der zentralen Akteure) – auf das Erkennen möglicher Interessenkollisionen und Kommunikationsdefizite, die sich daraufhin angehen lassen. Im Frühjahr 2020 soll dann in ähnlichem Umfang wie im ersten Schritt die abschließende Beurteilung des Projekts erfolgen.

Der Projektbericht präsentiert die Ergebnisse des ersten Evaluationsschrittes. Dabei werden zunächst die relevanten Akteure vorgestellt, um einen Überblick über das Netzwerk zum Flussperlmuschelschutz (FPMS) zu verschaffen. So werden zunächst Einstellungen und Interessen der Akteure zum FPMS dargestellt sowie deren Befürchtungen und Hoffnungen. Daran anschließend werden unter den Stichworten „Koalitionen“ und „Feindschaften“ bestehende Interessensbündnisse wie auch -kollisionen als Grundlage für die weitere Netzwerkarbeit umrissen. Als drittes inhaltliches Element geht es um die von den interviewten Akteuren getätigten Vorschläge, an die die zukünftige Arbeit des Projekts anknüpfen kann. Abschließend wer-

den die Ergebnisse zusammenfassend bewertet und konkrete Handlungsempfehlungen erläutert. Vorab wird im Folgenden auf die wissenschaftliche Grundlage, die theoretischen Konzepte und das methodische Vorgehen der Studie eingegangen.

2 Theoretische Konzeption

Um die Implementation staatlicher Maßnahmen beurteilen zu können, stehen der Politikwissenschaft in Form der Policy-Analyse eine Reihe von Theorien und Methoden zur Verfügung. Der Flussperlmuschelschutz kann nach der Systemtheorie als ein Ergebnis (output) des politischen Systems betrachtet werden. Dabei wird auf eine Vielzahl von Anforderungen (demands) an das politische System in Bezug auf Naturschutz, Erhalt der regionalen Artenvielfalt, aber auch widerstreitender Interessen reagiert.¹ Die TFN, als Teil des ausführenden Regierungsapparates, hat sich mit dem Projekt *Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern* das Ziel gesetzt, die Flussperlmuschelpopulationen in Niederbayern zu fördern und zu stabilisieren. Diese staatliche Zielsetzung muss von der Gesellschaft akzeptiert werden. Zustimmung und Tolerierung sind notwendig, um zu vermeiden, dass Initiativen von GegnerInnen² mit konkurrierendem Interesse Forderungen an die politischen Institutionen nach einem Ende der Maßnahmen stellen und damit das Projekt torpedieren. Ohne Frage haben die staatlichen Maßnahmen Auswirkungen auf Ökologie und Gesellschaft. Weil die Beachtung des Naturschutzes anderen gesellschaftlichen Interessen entgegenläuft, muss, um den Projekterfolg zu sichern, ein Aushandlungsprozess stattfinden, sind Kompromisse notwendig.

Als interinstitutionelle Kooperation ist das Vorhaben, Flussperlmuscheln in der Region zu schützen, auf ein Netzwerk aus Beteiligten angewiesen, deren Interessen teilweise konträr sind. Unter einem Netzwerk wird eine (teils informelle oder indirekte) Form der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Einheiten verstanden, die in unterschiedlich gearteten Beziehungen zueinander stehen.³ Als Policy-Netzwerk zur Umsetzung einer bestimmten politischen Maßnahme (Policy) kann das „Zusammenwirken der unterschiedlichsten exekutiven, legislativen, und gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen bei der Entstehung und Durchführung einer bestimmten Policy“⁴ gelten. In diesem Fall wird die Durchsetzung des Flussperlmuschelschutzes als staatliche Policy betrachtet, welche in ein solches Netzwerk verschiedener, vom Projekt in unterschiedlicher Weise betroffener Akteure⁵ eingebettet ist. Zur Analyse müssen das um das Projekt neu entstehende Netzwerk als auch seine Einbettung in die bereits vorhandenen Netzwerke um das Thema Naturschutz in der Region betrachtet werden.

Die TFN ist hier zunächst Impuls gebend. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist die Kooperation mit weiteren Akteuren notwendig. So wird aus dem Projektvorhaben deutlich, dass die Staatsregierung, die lokale Öffentlichkeit und jene Interessengruppen (Land-, Forst- und Fi-

¹ Vgl. Easton 1965: 110ff; Jahn 2013: 258–264.

² Das Binnen-I wird verwendet, um alle Geschlechter in den allgemeinen Benennungen sichtbar zu machen.

³ Vgl. Schulz-Schaeffer 2000: 187

⁴ Windhoff-Héritier 1987: 45.

⁵ Als Akteure sind diejenigen organisatorischen Einheiten zu verstehen, die die „Welt“ je anders definieren mit jeweils eigener Geschichte, Identität und Wechselbeziehung und versuchen, diese zu gestalten (vgl. Schulz-Schaeffer 2000: 189).

schereiwirtschaft, Wasserkraftwerker, Naturschutz etc.) in das Projekt mit einzubinden sind, die von ihm mittel- oder langfristig betroffen sein werden. Selbstredend geht es nicht allein um die Muscheln, für die Bedingungen zu schaffen sind, damit sie sich züchten und ansiedeln lassen. Indem die geplanten Maßnahmen zum Naturschutz durchgeführt werden, sind für den Erfolg des Projekts auch die Interessen derjenigen zu berücksichtigen, die aufgrund der Landnutzungsänderungen Einschränkungen erfahren werden oder solche befürchten. Für die langfristige Umsetzung des Flussperlmuschelschutzes ist es daher notwendig, die beteiligten Akteure dazu zu motivieren, ihr Verhalten im Sinne des Projekts dauerhaft aufeinander abzustimmen und ein im Sinne des Naturschutzes funktionierendes Netzwerk zu bilden.

Um diesen Prozess analysieren und erklären zu können, wird auf die Akteur-Netzwerk-Theorie zurückgegriffen.⁶ Mit der Anwendung dieses Ansatzes lassen sich Rückschlüsse auf die Durchsetzung von sozialen und technischen Innovationen ziehen. Das Konzept macht sowohl die Struktur des Akteursnetzwerkes, das heißt die Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren untereinander, als auch deren Handlungen und Kooperationen erklärbar, indem diese Prozesse beobachtet und analysiert werden. Im Zuge der Netzwerkbildung erfolgen zwei Veränderungen:

1. die Herstellung und Anpassung der Beziehungen und Kooperationen unter den Akteuren und
2. die Anpassungen der Akteure selbst.⁷

So kann beispielsweise eine Interessengruppe durch ihr Kommunikationsverhalten mit anderen Akteuren auf den Erfolg des Projekts Einfluss nehmen, wie sich zugleich ihr Verhalten aufgrund des Projektes verändern kann. Mit Hilfe des Akteur-Netzwerk-Ansatzes gelingt es, die Beziehungen und die Positionen der involvierten Akteure in Bezug auf den Flussperlmuschelschutz im Projektgebiet sowohl als Resultat ihrer Kooperation zu betrachten und sie gleichzeitig jeweils auch als Akteure zu analysieren, die diesen Prozess beeinflussen.

Als Initiator auf lokaler Ebene definieren zunächst die ausführenden Personen der TFN die Ziele des Vorhabens und damit indirekt auch die relevanten Akteure. Dabei gilt es, basierend auf einem gemeinsamen Interesse an der Wiederansiedlung von Flussperlmuscheln, eine Allianz zu schaffen. Damit sie zustande kommt, müssen die in die Analyse einbezogenen Akteure die ihnen zugesprochene Rolle in dem Projekt annehmen. Dieses Verhalten wird in der Theorie als *Enrolment* bezeichnet. In diesem Prozess führen die initiiierenden Akteure Verhandlungen mit den anderen Beteiligten, um sie zur Kooperation zu bewegen.⁸ Der wissenschaftlichen Evaluation kommt hier die Funktion zu, die Aushandlungs- und Anpassungsprozesse zu beobachten und auszuwerten, um möglichst frühzeitig auf Defizite im Interessenausgleich hinweisen zu können.

3 Methodisches Vorgehen

In der ersten Phase der wissenschaftlichen Projektbegleitung geht es darum, zunächst einen Einblick in die Struktur des potenziellen Netzwerkes zu liefern und die Positionierungen der

⁶ Vgl. Latour 2007.

⁷ Vgl. Schulz-Schaeffer 2000: 187; Callon 2006: 152.

⁸ Vgl. Schulz-Schaeffer 2000: 189f.; Callon 2006: 151ff.

relevanten Akteure zu skizzieren. Da kein Vorwissen über die Struktur des Netzwerks besteht, handelt es sich um einen offenen, explorativen Forschungsansatz, in dem grundlegendes Wissen über die beteiligten Akteure generiert wird.

In einem ersten Schritt werden die relevanten Akteure, welche für eine erfolgreiche Projektumsetzung entscheidend sind, bestimmt. Dies erfolgt mit Hilfe einer Stakeholder-Analyse. Sie dient dazu, die relevanten Akteure zu identifizieren und zu klassifizieren.⁹ Stakeholder (Anspruchsgruppen, InteressenvertreterInnen) sind diejenigen Akteure, die

1. von den Auswirkungen des Flussperlmuschelschutzes direkt oder indirekt betroffen sind, und
2. diejenigen, die auf den Erfolg des Projekts Einfluss haben.¹⁰

Daher wurde zunächst anhand der Kriterien der Betroffenheit und der Einflussnahme das Netzwerk von Akteuren umrissen, in das der Flussperlmuschelschutz eingebettet ist. Sie wurden anschließend befragt, um jeweils ihren Standpunkt und ihre Kooperationsbereitschaft zum Flussperlmuschelschutz in Niederbayern analysieren zu können. Während der Interviews wurden die Akteure weiterhin um Auskunft zu anderen zu berücksichtigenden Interessengruppen und deren Vertretern gebeten (Schneeballsystem). So konnten bis dahin vernachlässigte Akteure mit in das von der Evaluation abgedeckte Netzwerk einbezogen werden. Diese Kombination aus Stakeholder-Analyse und Schneeballsystem für die Auswahl der Befragten garantiert die größtmögliche Abdeckung bezüglich aller zu berücksichtigenden Akteure.

Die für die Befragungen herangezogene sozialwissenschaftliche Methode ist das Experteninterview. Als Experte oder Expertin gelten diejenigen Personen, die Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess über den Flussperlmuschelschutz nehmen. Dies sind insbesondere lokal verantwortliche Amtsträger. Außerdem gelten diejenigen Personen als ExpertInnen, die über ein spezialisiertes Wissen zur relevanten Materie, in diesem Fall den Flussperlmuschelschutz im Projektgebiet der TFN, verfügen.¹¹ Stellvertretend für alle aus der Stakeholder-Analyse ermittelten relevanten Akteure wurden jene Personen interviewt, die auf den Prozess der Implementierung Einfluss haben oder über Spezialwissen zu den Interessen der Akteure und den Aushandlungsprozessen rund um das Thema FPMS verfügen. Diese Einzelpersonen wurden sowohl durch Recherche der relevanten Organisationen in den jeweiligen Bereichen als auch durch Rücksprache mit dem Projektträger ausgewählt und mit Hilfe der Interviewergebnisse verfeinert und angepasst. Aus ihren Aussagen lassen sich Rückschlüsse auf die Ausgangssituation des entstehenden Netzwerks ziehen, auf die das im April begonnene Projekt trifft.

Der Leitfragebogen wurde darauf ausgerichtet, das jeweilige Bewusstsein für das Projektvorhaben *Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern* und die Einstellungen zu diesem Vorhaben zu erfassen. Darüber hinaus wurde abgefragt, welche Erwartungen an die Umsetzung des Flussperlmuschelschutzes geknüpft sind, und ob es konkrete Wünsche bezüglich der Kommunikation unter den Akteuren gibt. Ein wichtiger Fokus bei den Interviews war die Herausarbeitung der jeweiligen Eigeninteressen der Akteure, insbesondere wenn diese im

⁹ Vgl. Freeman 1984; Mitchell/Agle/ Wood 1997.

¹⁰ Vgl. Jones/Wicks/Freeman 2006: 19.

¹¹ Vgl. Kaiser 2014: 41.

Konflikt mit der Projektumsetzung oder mit anderen involvierten Akteuren stehen.¹² Um die Kommunikation und Konflikte unter den verschiedenen involvierten Akteuren sichtbar werden zu lassen, wurde im zweiten Teil der Interviews in Anlehnung an die Repertory-Grid-Methode auf ein Akteurs-Bewertungs-Gitter zurückgegriffen, das den Befragten vorgelegt wurde. Die Repertory-Grid-Methode dient der Erfassung „subjektiver Wirklichkeitskonstruktionen im Erfahrungshorizont einer oder mehrerer Personen“.¹³ Sie arbeitet mit dichotomen Konstrukten, durch die die Individuen ihre Wahrnehmungen strukturieren und die anderen Akteure unter Verweis auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten einschätzen wie auch bewerten.¹⁴ Auf diese Weise war es möglich, einen Zugang zu den Wahrnehmungen der einzelnen Akteure zu gewinnen. Die numerische Bewertung wurde dabei nicht als das Erkenntnisziel aufgefasst. Sie galt lediglich als Anregung und Hilfestellung für ausführliche Berichte und Begründungen der eigenen Wahrnehmung zu den anderen Akteuren, was den Befragten auch so kommuniziert wurde. Die begleitenden Fragen zum Gitter wurden in den Fragebogen aufgenommen.¹⁵

Der Interviewtyp und das Vorgehen wurden in Anpassung an die jeweilige Befragungssituation variiert. Die narrative Struktur der Erzählung der je befragten Person wurde an den Stellen aufgebrochen, an denen die Interviewende realisierte, dass dem Thema des Interessenkonflikts ausgewichen wird. An diesen Punkten war es Ziel führend, konfrontativ zu agieren und mit einer Form des diskursiven Interviews¹⁶ zu operieren. Das Festhalten an einem allzu starren Methodenkanon wäre hier ineffektiv gewesen.

Die Auswertung der Interviewtranskripte erfolgte nach dem Vorgehen der qualitativen, themenanalytischen Inhaltsanalyse.¹⁷ Die Codierung (Auswahl und Zuordnung der Interviewstellen) orientierte sich an der Struktur der Fragestellung (inhaltliche Strukturierung);¹⁸ die Hauptkategorien waren:

1. Einstellungen und Erfahrungen zum FPMS,
2. Selbstwahrnehmung und eigene Interessen (nach Befragten getrennt aufgeschlüsselt),
3. Fremdwahrnehmungen der anderen Akteure (Unterkategorien sind jeweils z.B.: Fischerei zu Konventioneller Landwirtschaft),
4. „Koalitionen“ und „Feindschaften“ und
5. Kritik und Vorschläge für den FPMS.

Die Unterkategorien wurden jeweils aus dem Material gewonnen.¹⁹ Die Auswertung aller Interviews ermöglichte die im Folgenden aufgeführten Beschreibungen der jeweiligen Akteure und ihrer Positionen zum FPMS, sowie die Darstellung der Beziehungen unter den Akteuren.

¹² Die allgemeinen Leitfragen finden sich in der Forschungsdokumentation S. 3.

¹³ Vgl. Rosenberg/Freitag 2009: 477; vgl. auch Marsden/Littler 2000: 818ff.

¹⁴ Vgl. Vgl. Rosenberg/Freitag 2009: 479. Das verwendete Akteurs-Bewertungsgitter findet sich in der Forschungsdokumentation S. 5f.

¹⁵ Die jeweils auf die Befragten angepassten Fragebögen finden sich in der Forschungsdokumentation jeweils vor den Interviewtranskripten.

¹⁶ Vgl. Ullrich 1999: 438ff.

¹⁷ Vgl. Mayring 2010: 63ff.; Kaiser 2014: 90f.

¹⁸ Vgl. Mayring 2010: 103.

¹⁹ Das vollständige Code-Schema findet sich in der Forschungsdokumentation S. 330.

4 Ergebnisdarstellung

4.1 Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen

Die zwölf ausgewählten InterviewpartnerInnen repräsentieren die wichtigsten Interessengruppen und Akteure und lassen mit ihren Aussagen Rückschlüsse auf die jeweiligen Interessenlagen sowie das Netzwerk um den FPMS schließen. Die mittels der Stakeholder-Analyse generierten Bereiche mit den jeweilig Akteuren werden nachfolgend in Bezug auf ihre allgemeinen Interessen, die für das Projekt relevant sein können, sowie ihre Interessen in Bezug auf den FPMS tabellarisch vorgestellt.²⁰

Tabelle 1: Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen

Bereich	InterviewpartnerIn	Interessen und Prioritäten allgemein	Interessen in Bezug auf FPMS ²¹
Landwirtschaft/LandwirtInnen (LW)	Konventionelle LandwirtIn ²² (KL) [L1]	<ul style="list-style-type: none"> – höchste Priorität für die eigene Arbeit: gegenseitige Achtung & ein Miteinander, Achtung/Schutz des Privateigentums [L1 191]²³ – an GrundstücksbesitzerInnen hohe Anforderungen durch Naturschutz, Straßenbau u.a. → faktische „enteignung“; daher konfrontatives Verhältnis zu Behörden [L1 172f] 	<ul style="list-style-type: none"> – befürwortet Wiederansiedlung als sinnvolle öffentliche Investition [L1 184, 186, 190] - LW nehmen keinen Anstoß an FPM, jedoch Befürchtung: weitere Auflagen, Kontrollen, Strafen [L1 184, 186]; keine konkreten Vorschläge zu eigenem Beitrag für den FPMS (siehe Anhang c S. 37)
	Konventionelle LW in Verbindung mit Naturschutz [L2]	<ul style="list-style-type: none"> – LW (arbeitet konventionell und ökologisch) & im Naturschutz tätig [L2 18] → „zwei Herzen“ schlagen in der Brust [L2 12], kennt beide Seiten – durch verschiedene finanzielle Standbeine neben der LW heute möglich, Naturschutz auszuleben – früher als KL war sie finanziell „gefesselt“ [L2 14f] 	<ul style="list-style-type: none"> – Faszination für das Thema Flussperlmuscheln: „das ist irgendwo die unbekannte, die perle, das besondere. das ist irgendwie was anderes“; Unterstützung des Projekts [L2 13]

²⁰ Das Ergebnis der Stakeholder-Analyse ist im Anhang a (S. 32f.) dokumentiert.

²¹ Genauere Dossiers zu Landwirtschaft, Gemeinden sowie Tourismus, in denen insbesondere die Konflikte genauer dargestellt werden, finden sich im Anhang b–d (S. 34–43).

²² Zur Anonymisierung der Befragten (damit das Geschlecht der Personen nicht erkennbar ist), wird hier für alle Befragten, unabhängig vom tatsächlichen Geschlecht, die weibliche Form (d.h. die Pronomina und Artikel sie, ihr und den Artikel die) mit Binnen-I verwendet.

²³ Zitate aus den Transkripten sind gekennzeichnet mit der Abkürzung des Interviewtranskripts und der Seitenzahl aus der Forschungsdokumentation L1 191 findet sich demnach im Interview L1 auf der Seite 191 in der Forschungsdokumentation.

Tab. 1 (Forts.): Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen

Landwirtschaft	Ökologische Landwirtschaft [ÖL]	–ÖL produziert aus Überzeugung biologisch – Bereitschaft für weitergehende Naturschutzmaßnahmen schwanke aber individuell [ÖL 292-294]; ÖL z.T. sehr intensiv [ÖL 292f]	– kann sich vorstellen, als MultiplikatorIn für das Anliegen der FPM aktiv zu werden [ÖL 309] – Offenheit bei ÖL für Maßnahmen in Bezug auf FPMS vermutlich vorhanden [ÖL 305]
Gemeinden	BürgermeisterIn 1 [B1] -Gemeinde 1	– Natur- und Umweltschutz spielen eine alltägliche Rolle – insbesondere bei den Kläranlagen [B1 255]	– in der Bevölkerung FPM sehr negativ besetzt, insbesondere bei AnrainerInnen, die von „massive[n]“ Einschränkungen betroffen seien [B1 245; vgl. Anhang b S. 34ff]; Rest der Bevölkerung: nur kleiner Teil interessiert [B1 253] – FPMS führt zu Problemen für die Gemeinde in Bezug auf Gewässerunterhalt und Kosten für Kläranlagen → negative Einstellung [B1 236f]
	BürgermeisterIn 2 [B2] -Gemeinde 2	– Naturschutz eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre, um die eigenen Strukturen zu erhalten; es laufen einige Projekte in der Gemeinde, sei etabliertes Thema [B2 266] – „kreis der kommunalen entwicklung“: Daseinsvorsorge, Naturschutz, Wirtschaft, Kinderbetreuung, Siedlungsentwicklung, Stärkung des Innenraums (öffentlicher Nahverkehr, ärztliche Versorgung u.v.m.) [B2 269]	– Region durch historische Verbindung „prädestiniert“ für FPM; in der nicht betroffenen Bevölkerung positiv besetzt [B2 265] – „unzureichende informationspolitik“ bzgl. des „mehrwerts“ der Maßnahmen [B2 264]; „feinfühliges thema“ für die Gemeinden [B2 265] – potentielle/r MultiplikatorIn für FPMS, wenn Hintergrundinformationen vermittelt werden [B2 268]
Fischerei	Fischereivereinigung [FI]	– Angeln: Privileg, Natur genießen zu dürfen [FI 112f, 120], naturkundliche Ausbildung [FI 113], AnglerIn = „seismograph“ für Schädigungen am Gewässer [FI 112] – Gewässerschutz als Generationenauftrag; Angeln = grundlegender Naturschutz [FI 112, 118f, 140]	– Flussperlmuscheln Teil der Schutzprogramme der Fischerei, eher eine „stille art“ [FI 122]; – FFH-Art: besondere Priorität & „größerer aufhänger“ im lokalen Gewässerschutz [FI 118f, 122]

Tab. 1 (Forts.): Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen

noch Fischerei	noch Fischereivereinigung [FI]	– aber auch: Fischen zum eigenen Verzehr; zehn Kilo pro Person im Jahr für Fischbestand unschädlich [FI 116]	– dieses FPMS-Projekt erfolgsversprechend; Zusammenarbeit „schon vorprogrammiert“ und unumgänglich [FI 121f, 137f]
Forst	Forstamt [FO]	– Selbstbild: PartnerIn der WaldbesitzerInnen; Prinzip „freiwilligkeit vor ordnungsrecht“ (WaldbesitzerInnen frühzeitig beraten statt „ins offene messer“ laufen lassen) [FO 144] – „gemeinwohlorientierte beratung“ statt „gesetzesschiene“ [FO 144]; Ängste verstehen, durch fachliche Beratung nehmen und Möglichkeiten aufzeigen [FO 146, 159] – Selbstbild: NetzwerkerIn [FO 144]	– FPMS „super“, da eigene Einstellung insgesamt sehr „naturschutzlastig“ [FO 151] – Schutz seltener Pflanzen- und Tierarten wichtig – auch im Hinblick auf einen Heimatgedanken [FO 151] – in der Region persönliche, emotionale Identifikationspotenziale [FO 151] – wenig Details zum Stand des FPMS in der Öffentlichkeit bekannt, was aus dem Schutzgedanken heraus nachvollziehbar sei [FO 151] ²⁴ – FPM insbesondere im Tourismus potentiell wertschöpfend [FO 168] – Nachhaltige Forstwirtschaft arbeitet bereits für FPMS, daher auch zukünftig keine große Rolle; FPMS kam bisher 2 mal in der Beratung vor; Offenheit für das Thema [FO 149f, 152, 168]
	VertreterIn von WaldbesitzerInnen [WB]	– kleine WaldbesitzerInnen: Wald oft als Sparkonto [WB 206f] – emotionale Verbundenheit mit den Waldstücken; Investitionsbereitschaft oft gering [FO 145] – Wald: im Gegensatz zur LW langfristige Dynamiken, 80-100 Jahre bis Baum geschlagen wird [FO 145f] – Momentan: großes Thema Käferkalamitäten [WB 204; FO 146]	– begrüßen, wenn es wieder FPM gäbe – forstwirtschaftlich werden jedoch keine Berührungspunkte gesehen [WB 214] – wenig Interesse in der Bevölkerung für FPM, aber für Tourismus [WB 232] – FPM auch „ein zeiger dass die natur funktioniert und wenn die natur funktioniert, müssen wir ja alle glücklich sein“ [WB 232]

²⁴ Die Gefahr von „Perlräuberei“ wird öfter in den Interviews erwähnt. Dass diese immer noch Praxis ist, zeigt sich an einem aktuellen Fall in Bayern, bei dem mehrere tausend Muscheln gefischt worden sein sollen (Süddeutsche Zeitung, 29.9.2016). Dies zeigt das Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit und FPM auf.

Tab. 1 (Forts.): Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen

Naturschutz	Naturschutzverband [N]	<ul style="list-style-type: none"> – sehr breit aufgestellt an Themenbereichen – ist Netzwerk von MultiplikatorInnen zum Thema Naturschutz [N 87f] – viel Fachwissen über die Artenvielfalt in der Region durch Kartierung → Grundlage für weitere Betätigung, wie Gutachten und Stellungnahmen [N 84f]. 	<ul style="list-style-type: none"> – für eine bessere Wasserqualität am besten über die FPM kämpfen; eine der anspruchsvollsten, kompliziertesten Arten [N 88f] – seit Jahrzehnten immer wieder Beschäftigung mit der FPM [N 89f] – Berücksichtigung in Stellungnahmen [N 90].
Medien	RedakteurIn [M]	<ul style="list-style-type: none"> – für Flussperlmuscheln speziell zuständig; Naturschutz bearbeitet ein/e KollegIn [M 66] – Brauchen Ereignisse, wie Veranstaltungen, als Aufhänger für Berichterstattung 	<ul style="list-style-type: none"> – FPMS „sinnvoll“, da FPM Aufhänger für bessere Gewässerqualität [M 64] – jede Art an sich schützenswert; Naturschutz solle immer großes Thema sein [M 64] – Verbesserung der Wasserqualität sei „für alle [von] vorteil“, auch wenn einzelne landwirtschaftliche Betriebe unter Auflagen zu leiden haben [M 77] – würde auch öfter berichten [M 64f]
Tourismus (genauere Darstellung s. Anhang d S. 40)	GastronomIn (und KläranlagenbetreiberIn) [TW]	<ul style="list-style-type: none"> – Naturschutz hinter eigenem „wirtschaftlichen überleben“ an zweiter Stelle – wichtig sei: über die Runden kommen, Zufriedenheit der Gäste [TW 43], das Geschäft sei „das leben“ [TW 43] – Naturschutz „im hinterkopf“, beispielsweise beim Putzmittelkauf [TW 43] – durch exponierte Lage im Naturschutzgebiet Verantwortung gegenüber Gewässer [TW 39] 	<ul style="list-style-type: none"> – FPMS positiv, da dann mit Trinkwasserqualität der Ilz geworben werden könne/ einer der saubersten Flüsse Deutschlands [TW 56] – wäre schön, wenn es wieder FPM gäbe [TW 57] – Millionen an Euro sinnvoll investiert, da wenn es FPM gut geht, es dem ganzen Ökosystem gut gehe [TW 41, 44]
	BürgermeisterIn 1 [B1]	<ul style="list-style-type: none"> – Tourismus sehr wichtig, daher auch Gewässerqualität der Badegewässer [B1 255] 	<ul style="list-style-type: none"> – FPM für TouristInnen uninteressant, da „kein zootier“ und nicht sichtbar [B1 258]; außerdem: Schaden für FPM durch zu viele TouristInnen [B1 252]

Tab. 1 (Forts.): Vorstellung der Akteure und ihrer Interessen

noch Tourismus	BürgermeisterIn 2 [B2]	– Tourismus: Tagestourismus entlang der Gewässer [B2 268]	– bisher keine Verbindung FPM mit Tourismus [B2 278] – mehr Information zum Thema FPM für TouristInnen gewünscht [B2 268, 278]
Wasserkraft	BesitzerIn eines kleinen Wasserkraftwerkers [TW]	– Ausbauleistung von 100 Kilowatt [TW 35]; ist amortisiert [TW 36] – Wasserkraft als zusätzliches Einkommen, v.a. im Winter, weil nur dann genug Wasser im Fluss ist, bildet damit Ausgleich zu Tourismus [TW 36]; autonome Stromerzeugung; Hälfte wird verbraucht/Hälfte in Netz eingespeist [TW 35]	– Fischaufstiegshilfe gebaut, Fische seien trotzdem nicht mehr geworden [TW 51] – Restwasserauflagen: können als Beeinträchtigung des eigenen Handelns interpretiert werden [TW 35] – Kraftwerke nicht einzige Ursache für FPM-Aussterben; Wasserkraftwerke gab es schon vorher [TW 41f]
Industrie	VertreterIn der Unternehmen [I]	– Wirtschaft, bzw. die produzierende Industrie, „kern des Wohlstands in unserem Land“ → daher haben diese Interessen immer Vorrang gegenüber Naturschutzbelangen [I 319f] – Naturschutz dürfe nicht dazu führen, dass UnternehmerInnen ihren Betrieb einstellen müssen [I 320], daher „ist es eigentlich klar, in welche Richtung wir uns bewegen müssen“, nicht zurück in ein Primärstadium, sondern zur wirtschaftlichen Entwicklung [I 328] – insgesamt könnten heute aber Ökologie und Ökonomie „im Einklang“ mit einander funktionieren, wie bspw. bei erneuerbaren Energien [I 317]	– keine Berührungspunkte in der beruflichen Tätigkeit [I 326] – FPMS „super Sache“, Bemühungen können „gar nicht intensiv genug sein“ [I 326] – erfolgreiche Wiederansiedlung der FPM aus Sicht der Wirtschaft positiv zu bewerten, da ein Indiz für „gelungene Maßnahmen was die Sauberkeit und die Infrastruktur [...] angeht“ → leistet „Wirtschaftsraum als solchem speziell Tourismus Gastronomie wertvolle Hilfestellung“ [I 326f] – Probleme in Bezug auf FPMS würden keine antizipiert [I 327];
Straßenbau	Straßenbauamt [SB]	– Sieht sich nicht als handelnder Akteur in Bezug auf FPMS und hat keine Bereitschaft, ein Interview zu führen [SB 329]	– Bei „nicht zu vermeidenden Beeinträchtigung“: Aushandlungen mit der Unteren oder der Höheren Naturschutzbehörde [SB 329]
	BürgermeisterIn 1 [B1] BürgermeisterIn 2 [B2]	Straßenbau bei Gemeinden selbst ein Thema [B1 255]; sie führe jedoch keine eigenständigen großen Straßenneubauten mehr durch, nur überregional; Straßenbau für die Entwicklung notwendig [B1 251]; gibt viele Rückhaltebecken als Ausgleich für versiegelte Flächen [B2 279f]; die Maßnahmen seien zwar sehr teuer für die Gemeinde, man fühle sich zuweilen „gegängelt“, andererseits aber auch „zwingend notwendig“ für den Schutz der Gewässer zweiter und dritter Ordnung [B2 279]	

Bisherige Kontakte mit dem aktuellen Projekt (z.B. durch Veranstaltungen und Flyer) oder vergangene Projekte zum Thema FPMS sind in der Tabelle 3 im Anhang e (S. 43) dokumentiert. Außerdem werden im Anhang f (S. 44) die in den Interviews thematisierten, bereits existierenden Zusammenschlüssen rund um den Fluss Ilz (Ilzerland, Ilztalschmankerlwirte, Teilnehmergemeinschaft Ilz, Ilzallianz) und die dazu beschriebenen Positionen zum FPMS dokumentiert.

4.2 Bezüge zum Thema Flussperlmuschelschutz und *Enrolment* der Akteure

4.2.1 Der persönliche Bezug zum Thema Flussperlmuscheln bei den Akteuren

Die meisten der Interviewten erzählen von einem persönlichen Bezug zu Flussperlmuscheln – der meist durch die Kindheit entstand [FO 148, WB 210], als leere Muschelschalen am Flussufer gesammelt wurden [L1 184, L2 13, FI 116f, I 326, TW 38f]: „jeder mag sie jeder weiß dass als buben sind sie da gewesen“ [L1 186]. Das Auffinden der leeren Schalen wird einem großen Fischsterben in den 1950ern oder 1960ern zugeschrieben, als Folge eines Industrieunfalls in Grafenau [L1 186, FI 116f, TW 38f]. Laut Passauer Neue Presse gab es in beiden Jahrzehnten ein massives Fischsterben in der Ilz und den Nebenflüssen aufgrund von Chemikalien, die aus Unternehmen in Grafenau austraten.²⁵ Diese beiden Erfahrungen – das Sammeln der Muschelschalen als Kinder und das Fischsterben – scheinen Teile des kollektiven Gedächtnisses der Region zu sein und bieten daher Anknüpfungspunkte für die Arbeit zum Thema Flussperlmuscheln.²⁶ Eine Person gibt an, dass das Sammeln von leeren Muschelschalen heute die eigenen Kinder fortführten [L2 13]. Ein weiterer genannter Bezug ist die historische Verbindung von Flussperlmuscheln mit der Region (Perlfischerei, Perlen in der Bayerischen Königskrone) [TW 39f, FO 148, B2 266].

Somit kann die These aufgestellt werden, dass Flussperlmuscheln Bestandteil der kollektiven regionalen Identität sind bzw. sein könnten. Dieser Aspekt müsste jedoch ausgehend von den Aussagen der Interviewten aktualisiert werden, um stabil zu bleiben. Eine weitere These, die sich auf Grundlage der Interviews formulieren lässt, ist, dass die Aktivierung dieser persönlichen Bezüge zum Thema Flussperlmuscheln das *Enrolment* als Teil des Netzwerks zum FPMS begünstigt.

4.2.2 Problemdefinition: Wer trägt Schuld am Aussterben der FPM?

Mit einer Ausnahme äußern alle Befragten eine Meinung dazu, welche Einflüsse am Aussterben der Flussperlmuschel Schuld sind. Die Diskussion darüber bestimmt das entstehende

²⁵ Vgl. PNP 19.11.1955 „Alles Leben in der Ohe und im Ilz-Oberlauf ausgerottet“; PNP 2.4.1964 „Fischbestand in der Ilz nahezu ausgerottet“. Eins der Unternehmen (ATEX) ist dort heute noch ansässig: Vgl. ATEX-Homepage. Daneben finden sich in dieser Zeit zahlreiche weitere, kleinere Fischsterben aufgrund von Abwassereinleitungen o.ä.

²⁶ Durch institutionalisierten Bezug auf die Bedeutung und Geschichte von Flussperlmuscheln in der Region werden sie Teil eines kulturellen Gedächtnisses, welches wiederum das jeweilige Selbstbild eines Kollektivs prägt: „Unter dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses fassen wir den jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchstexten, Bildern und Riten zusammen, in deren »Pflege« sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt, ein kollektiv geteiltes Wissen vorzugsweise (aber nicht ausschließlich) über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewußtsein von Einheit und Eigenart stützt“ (Assmann 1988: 15).

Netzwerk um den FPMS: In der Auseinandersetzung werden die verschiedenen Rollenzuweisungen innerhalb des Netzwerkes verhandelt. Eine Involvierung in die Debatte um das Aussterben und die Suche nach Ursachen zeigt bereits erste Ansätze für ein *Enrolment*, das heißt die Akzeptanz der eigenen Rolle als Akteur im Netzwerk. Ergänzend sei angemerkt, dass nicht wenige Befragte zunächst mit der Aussage reagierten, sie hätten nichts mit dem Projekt zu tun. Der Gesprächsfaden entwickelte sich dann erst im Sprechen über die FPM und deren Schutz. Wie in anderen Fällen ähnlich wird auch hier die regionale Identität unhinterfragt als gegeben angenommen (McCrone/Bechhofer 2015). Erst in ihrer Thematisierung wird sie den Protagonisten bewusst und von ihnen konstruiert.

Bis auf eine Ausnahme werden von allen Befragten die Einträge durch die Landwirtschaft als eine Ursache für die schlechte Gewässerqualität genannt [TW 42, L2 11, 26, ÖL 303, L1 186, I 323, B2 264, FO 160]. Teilweise wird dieser Wirtschaftszweig aufgrund des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Wirtschaftsdünger [FI 117f, 126, WB 211] gleichauf mit der Industrie [M 77] als hauptverantwortlich für den Niedergang der FPM-Bestände genannt. Die VertreterIn des Naturschutzverbandes sieht die Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktionsweise in den letzten Jahrzehnten, im Speziellen das Ende der Wiesenbewässerung durch den Beginn der industriellen Landwirtschaft, als Auslöser für das Aussterben der FPM [N 88f]. Im Gegensatz dazu betonen die VertreterInnen der konventionellen Landwirtschaft, dass die Landwirtschaft nicht die alleinige Verursacherin für die schlechte Gewässerqualität sei, sondern es ein „gewebe“ an Faktoren gebe [L1 186; L2 11]. Als weitere Einflussgröße werden unzureichende Kläranlagen genannt, die chemische Belastungen durch Antibiotika und Hormone nicht aus dem Wasser holen könnten [TW 42, FI 117]. Darüber hinaus werden der Sedimenteintrag durch starke Regenfälle, Hochwasser, Abwasser von den Straßen und undichte oder überlaufende Kanalisation als Gründe genannt [L2 11, L1 185f], außerdem Flächenversiegelung für Straßen oder Gewerbe- und Wohngebiete [L2 11] sowie als weiterer Hauptgrund die Industrieabfälle [L1 185].

Es zeigt sich, dass die Diskussion um die landwirtschaftlichen Einflussfaktoren einen großen Stellenwert einnehmen – was die VertreterInnen der Landwirtschaft sehr wohl sehen. Ihre eigene Rollenwahrnehmung beeinflusst es daher insoweit, als sie sich entlasten und auf andere Einflussfaktoren hinweisen. Die VertreterInnen der Industrie und der Wasserkraftwerke halten die eigenen Einflüsse für irrelevant für die FPM im Vergleich zur Landwirtschaft [TW 42, I 232]. Somit besteht insgesamt eine Tendenz, sich der Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortlichkeit zu entziehen. Die eigene (Mit-)Verantwortung für den FPMS wird nur von wenigen eingestanden. Zumeist wird auf andere, vermeintlich größere Einflüsse verwiesen. In den Mittelpunkt gestellt wird sie nur von der VertreterIn für ÖL.

Allein InterviewpartnerIn B1 äußert sich in der Funktion als BürgermeisterIn nicht dazu, was die Ursachen für das Aussterben der FPM sein könnten. Insgesamt ist sie zwar insofern im Netzwerk verortet, als dass FPMS ein ständiger Auseinandersetzungspunkt sei, jedoch lehnt sie ein positives *Enrolment* in einem Netzwerk, das für den FPMS arbeitet, als einzige explizit ab: Allein mehr Unterstützung in Bezug auf den Umgang mit FPM für die Gemeinde wäre ein positiver Aspekt [B1 257].²⁷

²⁷ Ungeachtet dessen wird hier ein Vorschlag für einen Ausgleichsprozess skizziert: „jeder hat andere interessen also ich denk das amt für ernährung landwirtschaft und forsten vertritt natürlich schon die landwirtschaft und die naturschutzverbände vertreten die andere seite und sagen die flussperlmuschel muss

4.3 „Koalitionen“ und „Feindschaften“ unter den Akteuren

4.3.1 „Koalitionen“ – positive Bezüge

Bevor die Möglichkeiten größerer Koalitionen beschrieben werden, seien zunächst die besonders engen Verbindungen von jeweils zwei Akteuren dargestellt:

a. Jagd und Fischerei

Zwar gäbe es unter AnglerInnen und JägerInnen auch immer wieder mal Probleme [FI 129], aber eigentlich gehörten die Jagd wie die Fischerei in der Region „zur großen familie“ [FI 129], zu der außer weiteren „freunde[n] und gönner[n]“ keine weiteren Akteure gehörten [FI 129].

b. Tourismus und Landwirtschaft

Laut der Interviewten haben Tourismus und Landwirtschaft „nur gemeinsam eine zukunft“, sie bildeten eine „symbiose“ [L1 195f]. In der Zusammenarbeit mit dem Tourismus gäbe es noch viel Nachholbedarf [L1 195f]. Dies gälte insbesondere für die Sparte Urlaub auf dem Bauernhof und spezielle Angebote seitens der Landwirtschaft für Hotelgäste [L1 196]. So sei ein sanfter Tourismus für die Region zu präferieren [L1 191].

c. Landwirtschaft und Wald

Landwirtschaft und WaldbesitzerInnen werden aus der Perspektive der Landwirtschaft als „fast identisch“ angesehen, weshalb die Verbindung „überhaupt kein problem“ sei, „da gibt es nichts dazwischen“ [L1 192, 194]. Auch die Forstwirtschaft bestätigt, dass rund 80% der WaldbesitzerInnen auch LandwirtInnen seien [WB 209].

d. Forstwirtschaft – Naturschutz

Die mittlerweile sehr verbreitete nachhaltige Forstwirtschaft²⁸ stelle eine Kombination zwischen Naturschutz und dem Verbrauch der Ressource Holz dar – die sonst aus anderen Teilen der Welt importiert werden müsse [WB 205f]. Sie sei sowohl langfristig betriebswirtschaftlich rentabler – da auf Mischwald basierte Wälder am stabilsten sind – als auch am schonendsten gegenüber der Natur [WB 206; FO 148]. Nachhaltigkeit umfasse dabei sowohl die Ökonomie als auch die Ökologie und Sozialverträglichkeit [FO 152]. Jedoch ständen – im Gegensatz zu den NaturschützerInnen – beispielsweise Verkehrssicherheitsüberlegungen für ForstwirtInnen in der Priorität über dem Naturschutz [WB 225].

e. Landwirtschaft und Landwirtschaftsamt

„[B]ei hundert bauern sind neunundneunzig die würden dem vorstand des amts für landwirtschaft einen einser geben“ [L1 192]. Das Landwirtschaftsamt sei fachlich anerkannt und habe einen guten Ruf, nicht nur wegen der Subventionen, auch der Kontrollen wegen [L1 192; L2 16]. Die KontrolleurInnen seien gut ausgebildet und hätten Fingerspitzengefühl [L1 192].

mit aller macht geschützt werden. diese interessen zusammen zu bringen ist ja schon ein sehr großes konfliktpotenzial. weiß ich nicht ob man das jemals schafft. es ist eh schon viel passiert auf das hin. muss ich auch dazu sagen. wenn jeder ein bisschen nachgibt dann funktioniert es auch“ [B1 256].

²⁸ Es werden nur so viele Bäume rausgeschnitten, wie selbst durch den Wald wieder nachwächst, was automatisch auch einen Mischwaldumbau beinhaltet [WB 206].

f. Koalitionen und Kooperationen zum Thema FPMS

Viele Interviewte sind der Meinung, dass momentan niemand etwas gegen FPM haben könne und daher eigentlich alle für dieses Projekt seien [ÖL 201, WB 229; FI 138, L1 191]. Dies liege vor allem daran, dass bisher keine Einschränkungen aufgrund der FPM bekannt seien [ÖL 311, L1 185, 191] oder die FPM im Gegensatz beispielsweise zum Biber oder Fischotter nichts zerstören würde [WB 232; FI 138].

Akteure, die sich vorstellen können, sich aktiv für den FPMS innerhalb ihres Einflussbereiches einzusetzen oder dies bereits tun, sind (siehe Tabelle 1): Fischerei, Naturschutzverband, Forstamt, Medien, BürgermeisterIn 2 (unter der Bedingung besser informiert zu werden), die VertreterIn der ökologischen Landwirtschaft.

4.3.2 „Feindschaften“ – konflikthafte Beziehungen

Auch bei den konflikthafte Beziehungen werden zunächst besonders problembehaftete Konstellationen zwischen je zwei Akteuren dargestellt. Alle Beteiligten äußern jedoch auch, dass es immer auf die konkreten Personen ankäme; der Satz, dass es überall ‚solche und solche‘ gäbe, fiel in mehreren Interviews [L2 22, FI 119, I 324]. Anschließend werden die von mehreren Akteuren geteilten „Feindbilder“ gegenüber NaturschützerInnen und gegenüber LandwirtInnen näher beschrieben. Diese Animositäten rühren zwar von anderen Themenfeldern als dem Flussperlmuschelschutz her, beeinflussen jedoch maßgeblich eine (zukünftige) Zusammenarbeit zwischen den Akteuren: Aus vergangenen, negativen Erfahrungen rührt ein Misstrauen gegenüber anderen Akteuren, welches mit den Sachfragen konfundiert.

a. Fischerei – Wasserkraftwerksbesitzer

Wasserkraft wird als eins der großen Problembereiche der Fischerei beschrieben [FI 114f]. So sei die große Kraftwerksdichte in der Region ein Problem [FI 116]. Weil die Fischerei täglich mit den Schädigungen durch Wasserkraftwerke am Gewässer konfrontiert sei, sei sie froh um jedes kleine Wasserkraftwerk, das den Betrieb einstelle [FI 136]. Bei einem „einmaligen“, erfolgreichen Projekt konnten an einem Bach innerhalb kurzer Zeit die Wasserrechte von drei Kraftwerken aufgekauft und die Bachläufe renaturiert werden – dies solle nach Möglichkeit öfter passieren [FI 127]. Der Kontakt mit den einzelnen WasserkraftwerkerInnen sei jedoch durch die zahlreichen notwendigen Maßnahmen rund um ein Kraftwerk unumgänglich, häufig und „gut“ – die meisten hätten mittlerweile erkannt, dass es nur gemeinsam mit der Fischerei gehe [FI 135f].

b. Jagd – Waldbesitzer/ Landwirtschaft

Die Landwirtschaft habe „ein Problem“ mit der Jagd [L1 193]. Es gäbe zu viele Personen, die keine JägerInnen seien und sich nur für den Waffenschein und das Aussehen einer JägerIn interessierten [L1 193]. Sie nennt diese Akteure „rehhüter“ [L1 193]. Der Verbiss von jungen Bäumen sei zu hoch, was zur Entmischung des Mischwaldes führe [L1 193]. Die „Konfrontationen“ zwischen LandwirtInnen und JägerInnen beziehen sich auch auf Wildschweine, welche die Felder verwüsteten, da die JägerInnen nicht genügend abschossen [L1 194].²⁹

²⁹ Die InterviewpartnerIn nennt als Beispiel eines gelungenen Problemlösungsansatzes eine Versammlung zu diesem Thema. Die Einladung dazu ist im Anhang g S. 45 dokumentiert.

c. Feindbild „die Politik“

Die große Politik befördere Agrarkonzerne statt kleinbäuerlicher Strukturen [L1 178f], außerdem habe die Düngerindustrie hohen Einfluss [L1 185]. Die Politik sei unberechenbar und mache es den LandwirtInnen schwer, sich auf neue Regelungen einzustellen, da es keine Sicherheit über die Gültigkeitsdauer eines Förderprogramms gäbe. Und der Aufwand, sich über neuste Regelungen auf dem Laufenden zu halten, sei überfordernd [L1 183]. Ebenso gäbe es Tendenzen in der deutschen Politik, die Landwirtschaft nur als Landschaftspflege zu betrachten, da lokale Lebensmittel gering geschätzt, wir auf sie nicht angewiesen seien und lieber importierten [L2 20]. Die Landwirtschaft sei deswegen politisch in einer „minderrolle“ [L2 20].

d. Das Feindbild „Naturschützer“

Viele der Befragten haben konflikthafte Erfahrungen mit oder ein negatives Bild von Naturschutzbehörden und -verbänden. Naturschutz sei ein politisch vorbelastet Wort, das oft schlecht geredet würde [WB 208, 220, 225]. Im Bereich Naturschutz werden die Animositäten am aufgeladensten dargestellt, weshalb hier die Vermischung zwischen persönlichem Misstrauen und Sachfragen besonders gegeben scheint.

Naturschutzverbände

Naturschutzverbände und -behörden würden von der Bevölkerung als diejenigen wahrgenommen, die die strengen Auflagen bezüglich des Gewässerschutzes durchsetzten [B1 245]. Mit den Naturschutzverbänden gäbe es aus Sicht von Gemeinde 1 „sehr konträre ansichten“ [B1 250] – die Verbände wollten oft „mit dem kopf durch die wand“ [B1 250]. Insgesamt schätzt InterviewpartnerIn B1 Naturschutzverbände aus ihren Erfahrungen heraus als wenig offen für Gegenargumente und wenig kompromissbereit ein [B1 250f]. Das Interesse von Naturschutz werde höher als die Interessen der „allgemeinheit“ gestellt – zum Beispiel was den Straßenbau und seine Bedeutung für die regionale Entwicklung angehe [B1 251]. In Gemeinde 2 ist der Kontakt mit den Naturschutzverbänden insgesamt gut; bei einzelnen Themenbereichen wie Straßenbau oder Biber sei er zuweilen „schwierig“ [B2 277]. Insgesamt aber sei der Umgang sowohl mit den Behörden als auch mit den Verbänden „sehr kommunikativ“ und es komme meistens in der Mediation zur Verständigung auf Lösungen [B2 277].

Die VertreterIn der KL schätzt den eigenen Kontakt zu Naturschutzverbänden als „schlecht“ ein [L1 194]. Es gibt für sie das Feindbild der „naturschützer“ [L1 178, 188, 198]. Die Vorsitzenden der Verbände seien meistens „in ordnung“, mit denen könne „man im großen und ganzen reden“, aber die Mitglieder an der Basis sind in ihren Augen „kleine ideologen“ [L1 194]. Ideologie bedeutet für sie, dass die NaturschützerInnen ihre Vorstellungen durchsetzen wollten, „ohne je rechts zu schauen und je links zu schauen und das wird dann durchgezogen mit aller gewalt“ und mache für praktische Lösungen blind [L1 176, 188]. „Der Naturschutz“ kenne keine Grenzen und würde nicht merken, wenn er über das Ziel hinaus schösse [L1 173f, 175]. Das Ziel von NaturschützerInnen sei, dass die Landschaft nur aus Natur bestehe und die Landwirtschaft „tot“ sei [L1 178]. Die VertreterIn der KL sieht die Schuld für den übertriebenen Naturschutz jedoch nicht nur bei den umsetzenden Personen in den Naturschutzbehörden [L1 175]. Schuld sei auch der Gesetzgeber [L1 176] und dabei nicht nur eine Partei sondern alle Parteien [L1 177]. Schuld sind aus ihrer Sicht außerdem die

„gutmenschen“ [L1 181]. Das sind für sie vor allem jene, die auf der Straße für Naturschutz und Tierschutz demonstrierten und in Nicht-Regierungsorganisationen saßen [L1 181]. Sie seien „gegen alles“ und fordern einen aus ihrer Sicht sehr „weit übertriebenen“ Tierschutz, für den die LandwirtIn kein Verständnis aufbringen kann und dessen Argumente sie für falsch hält [L1 181].

Die Fischerei ist selbst anerkannter Naturschutzverband und die Interviewte betont mehrmals, dass die FischerInnen selbst NaturschützerInnen seien [FI 119f, 122, 130]. Dieses Selbstverständnis wird vom Bild des „klassischen radikalen naturschützer[s]“ abgegrenzt, da es der Fischerei um das gesamte „ökosystem wasser“ gehe [FI 111]. Mit den radikalen NaturschützerInnen gäbe es die „klassischen unterschiede“ und „interessenskonflikte“ [FI 119f, 131]. Generell wollten bestimmte „radikalschützer“ „alles verbieten“, die Jagd, die Fischerei oder die Forstwirtschaft, und dann das Fleisch, die Fische oder das Holz aus anderen Ländern importieren, um hier die Natur zu schützen [FI 119f]. Im Zweifel würden die radikalen NaturschützerInnen das durchsetzen wollen, was sie sich in den Kopf gesetzt hätten – wenn es sein müsse mit der „brechstange“ [FI 126]. Zur „familie“ gehörten die anderen Naturschutzverbände jedenfalls nicht [FI 129]. Grundsätzlich komme es aber immer auf die einzelnen Personen an. Sowohl unter den Naturschützern wie auch unter den Anglern und den Jägern gäbe es sehr unterschiedliche VertreterInnen [FI 119]. Das Bild der anderen NaturschützerInnen von AnglerInnen sei äußerst schlecht – es gäbe immer eine „gewisse kluft zwischen naturschützern und anglern“: Die AnglerInnen würden von den NaturschützerInnen allein als mit der Angelgerte am Ufer sitzend und Fische tötend wahrgenommen, die Arbeit mit eigener Kapitaleistung für den Naturschutz, die geleistet würde, werde nicht gesehen [FI 119, 129f]. Mit den Naturschutzverbänden gäbe es auch gemeinsame Interessen, wie Donauausbau oder Renaturierung; das heißt, wenn eine Zusammenarbeit notwendig sei, „schaut man dass man miteinander ins boot kommt“, ohne Zusammenarbeit ginge es nicht [FI 120, 130]. Insbesondere in Bezug auf den Flussperlmuschelschutz sei die Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden einfacher, weil „man da das gleiche ziel vor augen“ habe [FI 132].

Auch von der VertreterIn der Industrie werden die Naturschutzverbände als „ein hauptproblem“ beschrieben, mit dem sie „zu kämpfen“ hätte [I 318]. Diese Akteure seien „generell dagegen“ und „nicht ein stück weit kompromissbereit“ [I 318, 325]. Mit Naturschutzverbänden gemeinsam an einer Besprechung teilzunehmen sei „kein spaß“ [I 325].

Amtlicher Naturschutz

Für die Fischerei sei der Kontakt mit den Naturschutzbehörden zwiespältig. Wie bei den Verbänden sei es generell personenabhängig: Mit manchen könne „super“ zusammengearbeitet werden, andere „linken einen“ bei konkreten Projekten oder es interessiere nicht, was im Wasserkörper passiere [FI 127].

Aus Sicht des Naturschutzverbandes sei der amtliche Naturschutz zum einen durch Arbeitsüberlastung überfordert, werde oft fachlich übergangen und zum anderen bestünde nicht selten eine Grabenkriegsstimmung gegenüber anderen Akteuren. Die Obere Naturschutzverwaltung igele sich ein und habe ein „absolutes feindbild“ gegenüber den im Außenbereich tätigen LandwirtInnen, JägerInnen, AnglerInnen und Sportverbänden [N 93f]. Dabei gäbe es sehr viele LandwirtInnen, mit denen man sehr gut zusammenarbeiten könne. Dadurch bleibe der Sachverstand, der in der Landwirtschaft und Jagd zu finden sei, ungenutzt [N 94]. Zudem seien die BehördenmitarbeiterInnen mit vielen Formalia zugedeckt und daher „total überfor-

dert“ [N 95, 101]. Dies entstehe aufgrund des grundlegenden Misstrauens gegenüber LandwirtInnen, was zur „überkontrolle“ führe [N 95].

Die Bevölkerung

Auch die Bevölkerung wird von den LandwirtInnen und der Industrie als NaturschützerIn wahrgenommen: Die Bevölkerung wird von der landwirtschaftlichen VertreterIn mit Umwelt- und TierschützerInnen gleich gesetzt [L1 177]. Sie kontrolliere und „denunziere“ die Landwirtschaft außerdem in Naturschutzfragen – es gäbe viele Anzeigen basierend auf ihren Hinweisen [L1 186]. Die VertreterIn der Industrie benennt in ähnlicher Weise die Einmischung des „sektor[s] öffentlichkeit bürgerbegehren bürgerbewegungen, die natürlich die sache nicht einfacher machen“, weil man „in diesem lande nichts aber auch gar nichts mehr in irgendeiner form unternehmen könne ohne dass sich nicht gleich irgendeine bürgerinitiative gründet“ [I 318]. Dies wird zunächst allgemein beschrieben, ohne sich speziell auf das Thema Naturschutz zu beziehen. Jedoch befürworte der überwiegende Teil der Bevölkerung Natur- und Umweltschutz. Daneben müsse es aber auch noch andere Interessen geben dürfen [I 324f]. Dass manche Bürgerinitiativen Naturschutz als Trittbrett für ihre eigenen Interessen benutzen, werde nicht thematisiert.

Sichtweise des Naturschutzverbandes

Die eigene Machtposition des Naturschutzverbandes durch Gutachten und Stellungnahmen wird als „sehr bescheiden“ wahrgenommen. Im Endeffekt bestehe die eigene Rolle darin, der Staatsregierung den Rücken freizuhalten [N 86]. Es halte sich der Eindruck, dass der Freistaat aus politischen Gründen die Kommunen nicht selbst in ihren Planungen „einbremsen“ wolle und daher froh wäre, dass die anerkannten Naturschutzverbände die Rolle des Bösewichts durch ihre Stellungnahmen und Gutachten ausfüllten, die sie zu jedem Vorhaben abgeben müssen [N 83]. So wurde bereits öfters erlebt, dass einzelne Behörden sich beim Naturschutzverband gemeldet und gefragt hätten, warum keine „schärfere“ Stellungnahme abgegeben worden sei, sie wollten das Bauvorhaben gar nicht umsetzen [N 83]. Oder es wurde im Vorhinein zum „vier-agen-gespräch“ geladen und kommuniziert, dass von den Verbänden die Projektverhinderung erwartet würde, da es aus naturschutzrechtlicher und landschaftsplanerischer Sicht nicht tragbar wäre [N 84]. Als Konsequenz seien die Naturschutzverbände „die bösen“, was „der preis“ sei „den man [die Naturschutzverbände] zahlt“ [N 84]. Auch bei Kommunalwahlen sei das bereits ein Thema gewesen. Einzelne PolitikerInnen hätten eine „tirade gegen den naturschutz“ losgelassen und damit „billig gepunktet“ [N 84]. Bei bestimmten Initiativen werde schon mit einkalkuliert, dass ein Projekt, wenn es ein Naturschutzverband vorschlage, nicht angenommen werde [N 91f]. So hielten die Verbände „de fakto“ den Rücken der Regierung und der Unteren Naturschützerbehörde frei, auch wenn diese das nicht bestätigen würden [N 86].

e. Das Feindbild/Konfliktfeld „Landwirtschaft“

Die Fischerei arbeitet mit der konventionellen Landwirtschaft nach eigener Einschätzung „nicht so intensiv“ zusammen [FI 126]. Auch gäbe es die „konflikt[e] vor ort“ am Gewässer aufgrund von Gülleausbringung, bei dem die Fischerei zunächst mit persönlichen Gesprächen, im Zweifel aber auch mit der Polizei gegen Verunreinigungen der Gewässer durch Landwir-

tInnen vorgehe [FI 124f]. Die FischereivertreterIn kritisiert den massiven Gülleeinsatz in der Landwirtschaft – vor allem hier müsse sich noch viel ändern [FI 125]. Die subventionierte LW solle dem freien Markt erliegen. Dann gelange auch weniger Gülle in die Gewässer [FI 125]. Laut forstamtlicher VertreterIn und der VertreterIn für ökologische Landwirtschaft habe auch das Landwirtschaftsamt noch Nachholbedarf, was die Beratung zu ökologischer Landwirtschaft und zu Fördermitteln aus Naturschutzprogrammen angehe [FO 155; ÖL 299].

Sichtweise der Landwirtschaft

Politisch sieht sich die konventionelle LandwirtIn marginalisiert, da in Gesetzen auf die Gunst der WählerInnen geachtet werde und die LandwirtInnen nur zwei Prozent der Bevölkerung ausmachten [L1 177]. Speziell von der arbeitenden Bevölkerung würden LandwirtInnen nur als „subventionsempfänger“ dargestellt [L1 196], dabei seien die Subventionen kostengünstiger als LandschaftspflegerInnen mit einem Stundenlohn einstellen zu müssen [L1 178]. Die eigene Wahrnehmung ist außerdem, dass sich der Gesetzgeber nicht für den Druck interessiere, unter dem die LandwirtInnen durch die Summe an Auflagen stünden [L1 179]; stattdessen werde von Seiten der Politik auf den BäuerInnen „rumgehackt“ [L1 183]. Die Landwirtschaft wird nach eigener Wahrnehmung auch von den Medien und der Bevölkerung „immer als buhmann“ herangezogen, während andere Schädigungen der Natur, die beispielsweise von der Industrie ausgingen, nicht berücksichtigt würden [L1 185]. Dem Bild wird entgegnet: „aber ich sage mal achtzig neunzig prozent der deutschen konventionellen landwirte geben ihr bestes weil sie leben ja mit der natur und nicht gegen die natur“, was aber so nicht wahrgenommen werde [L2 22]. Die besonderen landwirtschaftlichen Bedingungen in der Region führten zu einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, welche sowohl von der Politik als auch durch den Bayerischen Bauernverband vernachlässigt würde. Damit käme es ähnlich zur Marginalisierung der lokalen LandwirtInnen auf anderen Ebenen [L1 178f]. Auch die Medien zögen die konventionellen LandwirtInnen als „prügelknaben für alles“ heran, die „alles kaputt“ düngten und spritzten [L2 22].

f. Konfliktfelder für den FPMS

Ein angespanntes Verhältnis zum FPMS zeigt sich in Gemeinde 1. Es resultiert aus negativen Erfahrungen mit dem Thema (Kosten für die Kläranlage, Gewässerunterhalt sei nicht mehr möglich, weil Gefahr bestehe, sich wegen der FPM strafbar zu machen).³⁰ Die anderen Konflikte werden von den Befragten in der Zukunft gesehen: Weitere Auflagen und Verbote in Bezug auf Jauche, Gülle und Dünger für LandwirtInnen würden auf großen Widerstand stoßen (s. Tabelle 1). Auch der Flächentausch und Flächenabkauf von LandwirtInnen enthält laut Befragten Konfliktpotenzial, da sie die LandwirtInnen in ihrer ohnehin schlechten wirtschaftlichen Situation schwächten. Zudem wird das Verhältnis zum Tourismus zwar als tendenziell positiv eingestuft, jedoch gefährde zu viel Öffentlichkeit und Betrieb am Gewässer die Tiere. Auch die Bevölkerung komme als potentiell gefährlicher Einflussfaktor durch die „Perlräuberrei“ in Frage, wenn die Standorte noch weiter öffentlich würden.

³⁰ Siehe Tab. 1 und Anhang b S. 34.

4.3.3 Weitere Akteure, die involviert werden könnten

Als weitere Akteure, die laut der Befragten für das Projekt zum FPMS zukünftig angesprochen werden könnten oder sollten, wurden genannt:

- IHK-Gremium im Landkreis: Hier werden laut VertreterIn der Unternehmen die lokalen Probleme von gewählten BranchenvertreterInnen besprochen und Beschlüsse zur weiteren Vorgehensweise gefällt [I 326].
- Kanu-Vereine und anderen Sportverbände: Diese waren in der Vergangenheit Verbündete zur Durchsetzung von Naturschutzmaßnahmen an der Ilz; sie seien mitgliederstark und ihre Interessen seien mit denen des Gewässerschutzes kompatibel [N 93, TW 53].
- Kreisheimatpflege: Diese Institution wird im Kontext der Vermarktung der Flussperlmuschel für den Tourismus genannt [N 105].
- Jagd- und Fischereimuseum: Eine Befragung sei insbesondere zur Berücksichtigung der geschichtlichen Komponenten der Flussperlmuschel in der Region sinnvoll [N 105].
- Schulen (Allgemeinbildende und Fachschulen): Durch diesen Bereich könnten die „gestalter der gesellschaft von morgen“ erreicht werden und ein grundlegendes Bewusstsein für Naturschutzthemen geschaffen werden. Insbesondere auf der Landwirtschaftsschule spielten ökologische Themen bisher eine sehr marginale Rolle [ÖL 309].
- Tourismusverband Ostbayern: Dieser sei der wichtige Akteur in der überregionalen Vermarktung des unteren Bayerischen Waldes. Hier würden die Werbekonzepte erarbeitet und wenn die FPM darin vorkommen sollte, müssten sie angesprochen werden [N 105].

4.4 Vorschläge der Interviewpartner für den FPMS

In den Interviews werden neben der Kritik an Naturschutz und FPMS auch eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die eine Einschätzung darüber vermitteln, wie der FPMS aus Sicht der Befragten erfolgreicher gemacht werden kann. Die Vorschläge werden in den Interviews zum Teil sehr ausführlich erläutert, andere sind nur nebenbei erwähnt. Hier erfolgt nur eine stichpunktartige Aufzählung, um die gesamte Bandbreite an Anregungen zu dokumentieren. Sie lassen sich sowohl als Überblick zur Problemwahrnehmung rund um den FPMS verstehen wie auch als Anregungen für das weitere Vorgehen. Die Tiefe der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Thema Naturschutz/FPMS ist bei den einzelnen Befragten sehr unterschiedlich, was bei der Bewertung der Vorschläge berücksichtigt wird. Die verschiedenen Meinungen zu dem Vorschlag, einen „Runden Tisch“ zum FPMS zu veranstalten, werden unter Punkt 4.4.6 gesondert diskutiert.

4.4.1 Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung zum Thema FPMS

- a. Aufklärung in der Bevölkerung der Anrainerkommunen über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des FPMS-Projektes und über den „mehrwert“ aus der Gewässerreinigung; Methode: vor allem direkte Gespräche, immer wieder offene Informationsveranstaltungen; am besten direkt vor Ort am Fluss mit Anschauungs-

- material von Muscheln; allgemein: Öffentlichkeitsarbeit [B2 264f, 267f; FO 166]; mehr Medienberichte [FO 166; M 64f];
- b. Klarere Kommunikation der Behörden, z.B. des Wasserwirtschaftsamtes, über Gründe für Erhöhung eines Grenzwertes etc. gegenüber den Betroffenen von Auflagen [B2 280];
 - c. Schulprojekte; Kindergartenprojekte; Bildungssektor allgemein [B2 267; ÖL 309]
 - d. MultiplikatorInnen/MeinungsbildnerInnen speziell ansprechen und über die Maßnahmen zum Gewässerschutz/FPMS (Vor- und Nachteile, Details) informieren, z.B. BürgermeisterInnen [B2 267f]; die bereits für ökologische Themen Engagierten in den Kommunen einbinden [B2 268].

4.4.2 Zugehen auf die Landwirtschaft

- a. Angebot eines Geldausgleichs für den Mehraufwand, der durch Verzicht auf Flächen oder eine andere Bewirtschaftung entsteht, da diese Kosten sonst für viele nicht leistbar sind; Geldausgleich hole viele ins Boot [L2 24; FO 168]; Entschädigungen könnten aus einem Sondertopf der Verwaltung finanziert werden, der sich für Tierarten mit einem besonderen Wert für die Umwelt (Biber oder FPM) einrichten ließe [N 106]; Problem für die LW ist jedoch auch die „unwägbarkeit der politik“ bezüglich der Langfristigkeit von Fördergeldern [L1 188];
- b. Jahreszeit bei Veranstaltungsplanung beachten: im Winter haben LW höhere Gesprächsbereitschaft, da mehr Zeit [L2 24];
- c. Den LandwirtInnen das Projekt mit seiner Sinnhaftigkeit vorstellen; konkreten Beitrag nennen, der von LW geleistet werden könne, plus Ausgleichsmöglichkeiten aufzeigen (Förderprogramme) [L2 24, 27]; Sinnvolle, praktikable Alternativen aufzeigen z.B. für den Maisanbau [ÖL 296];
- d. An den Landwirtschaftsschulen der zukünftigen Generation Informationsangebote vermitteln [ÖL 309];
- e. Auf keinen Fall etwas aufzwingen; „im vorhinein zusammensetzen“; im Dialog mit den LandwirtInnen gemeinsam Entscheidungen treffen, inhaltlich überzeugen [L2 27, 31];
- f. Ausgleichsmöglichkeiten: Flächentausch, Abkauf, Entschädigung für Ernteausfall auf den Flächen, auf denen kein Dünger mehr ausgebracht werden solle [L2 14];
- g. Gewässerabschnitte analysieren und dann direkt auf VerursacherIn zugehen [M 78];
- h. Gemeinschaftlicher Kauf von umweltschonenden Maschinen anregen; Schulungen für Kooperationen/Mediation zwischen/unter LandwirtInnen [ÖL 304];
- i. Überzeugung am Stammtisch; LandwirtInnen hören am liebsten LandwirtInnen zu; LandwirtInnen, die selbst bereits Erfahrungen in der angestrebten Arbeitsweise haben, als MultiplikatorInnen gewinnen [ÖL 296f];
- j. Möglichst keine neuen Auflagen [ÖL 296]; keine „überzogen[en]“ Auflagen, Verbote seien das Schlimmste für die Stimmung der LW; besser, wenn möglich: freiwillige Naturschutzmaßnahmen durch Geldausgleich [L1 199];
- k. Mehr Toleranz und Verständnis bei Kontrollen, als Vorbild werden die KontrolleurInnen des Wasserwirtschaftsamtes genannt; der zwischenmenschliche Umgang

haben positiveren Einfluss auf das Verhalten der LW als Strafen und Kontrollen [L1 186, 188].

4.4.3 Änderungen in der Landwirtschaft

- a. Grünstreifen zum Gewässer lassen (fünfzehn Meter); für LandwirtInnen weniger Aufwand als Dünger- und Jaucheaufgaben zu dokumentieren [L2 23]; wenn Tiere im Betrieb sind, können die Grünstreifen zur Gewinnung von Heu genutzt werden [L2 23];
- b. Zum Thema Gülle/Dünger
 - i. Grundsätzlich keine Gülleausbringung auf Bachwiesen [WB 232];
 - ii. Statt ein Gülle-Verbot starke Beschränkungen in den Bereichen um die Gewässer, auch wenn dann z.B. nur einmal im Jahr Gülleausfuhr erlaubt wäre [L1 199];
 - iii. Prinzipiell: Gülle statt Handelsdünger, da dieser angeblich teuer und voller Schwermetalle sei, während Gülle zumindest biologisch abbaubar sei [L1 185, 199];
- c. Vorschlag, zu früheren landwirtschaftlichen Methoden wie z.B. Wiesenbewässerungssysteme zurückzukehren [N 107f].

4.4.4 Unterstützung der Gemeinden

- a. Gemeinden finanziell und fachlich in Bezug auf Gewässerschutz unterstützen [B1 246]; Informationen zum „mehrwert“ der Gewässerschutzmaßnahmen [B2 265];
- b. Eine klare AnsprechpartnerIn für Gemeinden in Bezug auf Gewässerschutz benennen, z.B. das Wasserwirtschaftsamt (WWA) [B1 246];
- c. Klare Regeln für das zukünftige Vorgehen mit Gewässerschutz im alltäglichen Gewässerunterhalt für die Gemeinden [B1 245];
- d. Gemeinden die Erhaltung von Moorkomplexen/Bewässerung ehemaliger Moorkomplexe als Reinigungsstufen der Kläranlagen anerkennen lassen, da dort sehr viele Nährstoffe zurückgehalten werden; für die Gewässer sei es letztlich irrelevant, wo die Nährstoffe zurückgehalten werden; sei billiger [N 106f];
- e. Gemeinden sollten lieber die Regenwasserüberläufe der Kanalisationen beheben, anstatt in eine höhere Reinigungsstufe der Kläranlagen zu investieren; dies sei billiger und genauso effektiv [N 106];
- f. Kommunale Ausgleichsflächen als Reserve anlegen z.B. als Streuobstwiesen; diese einsetzen, um extensiv genutzte Flächen in Gewässernähe umzuwandeln [N 90f];
- g. Energiewälder³¹ den Gemeinden als eine Reinigungsstufe nach der Kläranlage anerkennen, statt teure technische Aufrüstungen; Wasser aus Kläranlage oder landwirtschaftlichen Drainagen durch Energiewald fließen lassen → dort lagerten sich Schwermetalle und andere Schwebstoffe ab [N 90f; 106f].

³¹ Energiewälder (auch: Kurzumtriebsplantagen) sind auf Ackerland angepflanzte, schnell wachsende Baumarten zur Rohstoffgewinnung (vgl. Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft Homepage).

4.4.5 Allgemeiner Umgang mit Naturschutzvorgaben

- a. fachlicher Umgang mit Ängsten in Bezug auf Auflagen [FO 159];
- b. Alternativen zu Verboten suchen [ÖL 304];
- c. Statt zentralen Hochwasserschutz an der Donau zu betreiben, in dezentralen Hochwasserschutz in den Quellbereichen investieren, z.B. durch Biber: die Tiere reinigten die Gewässer effektiver, was auch FPM zu Gute komme [N 89, 106f]; als Folge der lokalen Überschwemmungen seien Feuchtgebiete entlang der Gewässer wieder intakt, sodass Schwebstoffe, Stickstoff etc. aus dem Wasserkörper gehalten würden [N 90f]; die Wasserrahmenrichtlinien müssten daher um den Hochwasserbereich erweitert werden [N 89];
- d. Staatlicher Ankauf von Randstreifenbereichen entlang der Gewässer durch das Wasserwirtschaftsamt habe in der Vergangenheit Konflikte entschärft [B2 277];
- e. Bei großflächigen Projekten: Flurbereinigungsverfahren, arbeitet verwaltungsübergreifend [N 106];
- f. Natursteine statt Beton bei Straßenbau [FI 124];
- g. Mehr Spielräume für lokale Beamte, um Auflagen den lokalen Gegebenheiten anzupassen und vor Ort die Verhältnismäßigkeit prüfen zu können [L1 175f, 178].

4.4.5 Runder Tisch

Ein gebräuchliches Instrument in der Bearbeitung von Interessenskonflikten stellt der sogenannte *Runde Tisch* dar, beziehungsweise ähnliche Zusammenkünfte, bei denen es um einen Austausch von Interessen und eine gemeinsame Problemlösung geht. Erfahrungen der Befragten mit diesen Instrumenten waren immer wieder Teil der Berichte, teilweise wurde auch explizit nach Erfahrungen mit dieser Art Zusammenkünfte gefragt. Die dazu getätigten Aussagen werden im Folgenden in Form einer Pro- und Contra-Liste wiedergegeben.

a. Positive Argumente

- i. Gelenkter Austausch sinnvoll; gegenseitiges Kennenlernen der Personen und Interessen; dadurch entstünden Synergieeffekte [ÖL 312];
- ii. Viele konkrete, sich individuell auswirkende Probleme könnten an einem Tisch geklärt werden, wenn auch nicht alle [B2 277; I 318];
- iii. Möglichkeit, in persönlichen Gesprächen gegenseitig Verständnis zu schaffen und in Details zu gehen; als Kommunikationsmethode sinnvoll [FO 157];
- iv. Zum Teil seien „bilaterale“ Gespräche ebenfalls geeignet, das müsse im Einzelfall abgewogen werden [I 327f].

b. Anforderungen

- i. Brauche ein konkretes Ziel [ÖL 312];
- ii. Aufeinander zugehen der Akteure sei notwendig um Lösungen zu finden [B2 277];
- iii. Verbindlichkeit der Ergebnisse eines Gesprächs wäre zu vereinbaren [L2 27].

c. Probleme von Runden Tischen

- i. Oft: viel Gerede, keine praktische Umsetzung; deshalb sinke vielfach die Bereitschaft zur Teilnahme [B1 246];

- ii. Hierarchie zwischen ExpertInnen für FPM und Rest; wenn Problemdefinition (Ursache für Aussterben der FPM, Maßnahmen) durch ‚ExpertInnen‘ nicht einheitlich ist, könne es zu keiner Lösung kommen [B1 257];
- iii. Gefahr einer Wirtshausstimmung und Gruppendynamik, die dramatisiere und emotionalisiere; persönliche Zweiergespräche seien sachlicher und verständnisvoller [TW 55]; zum „dampf ablassen“ können Informationsveranstaltungen genutzt werden [TW 55];
- iv. Fischerei allein reiche; die Naturschutzbehörden müssten zusätzlich noch zu Rate gezogen werden, ein „massenauflauf“ sei aber nicht notwendig [FI 139];
- v. nicht konstruktiv, weil Risiko, dass einzelne TeilnehmerInnen „laut poltern“ und die sachliche Ebene verlassen wird [I 327f].

„Runde Tische“ (insbesondere unter diesem Namen) hätten den Nachteil, dass diese Kommunikationsform bei einigen Akteuren aufgrund erfahrener Ergebnislosigkeit negativ vorbelastet sei. Die Notwendigkeit von Gesprächen wird jedoch grundsätzlich gesehen – „mit dem reden kommen wir gleich zusammen“, sage der Waldler³² [L1 191]. Wichtiger als die konkrete Kommunikationsform wird insbesondere von der Landwirtschaft die Art und Weise der Kommunikation gewertet [ÖL 307]: „es geht nur miteinander“ ist eine viel benutzte Ausdruckweise verschiedener Befragter [L2 25, 31; FI 139, L1 191], bzw. „der ton macht die musik“ [TW 42]. Allerdings bleibt damit die Frage unbeantwortet und auch unreflektiert, ob die Konfrontation mit Aussagen, die den eigenen Interessen widersprechen, unerwünscht ist.

5 Zusammenfassende Analyse zum Netzwerk um den FPMS

Das Netzwerk zum Flussperlmuschelschutz-Projekt existiert bisher im Ansatz zwischen einigen Akteuren, die bereits ihr *Enrolment* angenommen haben (aus der Studie erkennbar: Landschaftspflegeverband, Fischerei, Medien, Forstamt, Ökologische Landwirtschaft, Bürgermeister 2). Die Aushandlungsprozesse mit den anderen Akteuren haben teilweise bereits durch bisherige Kommunikationsangebote des Landschaftspflegeverbandes begonnen und müssen mit allen Beteiligten jetzt durch die InitiatorInnen des Netzwerkes fortgeführt und vertieft werden. Zweifellos dürften auch die Interviews hier einen Beitrag geleistet haben, insofern sie eine Intervention darstellen und teilweise auch Reflexionen ausgelöst haben. Lediglich das Straßenbauamt hat das *Enrolment* in der Netzwerk aktiv verweigert, in dem es eine Befragung ablehnte mit dem Verweis, keinen eigenen Handlungsspielraum zu besitzen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Projekt zum FPMS auf eine positive Resonanz stößt und auch das Bewusstsein für die eigene Verantwortlichkeit bei vielen InterviewpartnerInnen grundsätzlich vorhanden ist. Gleichzeitig zeigt sich jedoch die Tendenz, die *größere* Verantwortung den jeweils anderen Bereichen zuzuweisen und damit eine Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im FPMS zu umgehen.

³² Ein „Waldler“ ist eine Person aus dem bayerischen Wald. Die Aussage gilt jedoch im Interview für Personen, die „von hier“ (d.h. aus der Region) sind – was „naturschützer“ oft nicht seien [L1 191, 194].

Grundsätzlich ist die Nähe zu anderen Naturschutzthemen vorhanden, weshalb das FPMS-Netzwerk auch von diesen Netzwerken geprägt sein wird. Zugleich wird in dem großen Rahmen deutlich, wie negativ aufgeladen das Bild von NaturschützerInnen ist, in den Interviews hervorstechend bei Landwirtschaft, Fischerei und Industrie. Auf extreme Weise wird in einem Interview ein Vergleich zwischen Naturschutz und dem Nationalsozialismus gezogen, da Hitler bereits einen Zaun um den Bayerischen Wald habe ziehen wollen, um daraus einen Naturpark zu machen. Unterstellt wird, man sei heute fast schon wieder so weit.³³ Gleichzeitig betrachten sich jedoch zahlreiche Akteure selbst als BewahrerInnen der Natur, beispielsweise die Fischerei, die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft. Von daher wurde darauf verzichtet, sämtliche Naturschutzbelange offen abzulehnen. Vielmehr geht es meist um eine Abgrenzung von einem als zu „extrem“ oder „radikal“ wahrgenommenen Naturschutz. Es darf unterstellt werden – und wäre zukünftig im Detail zu untersuchen –, inwieweit Radikalität dann als Argument eingeführt wird, wenn eigene Kerninteressen berührt sind. Weiterhin ist die häufig negativ eingeschätzte Rolle der Naturschutzverbände auch daraufhin zu hinterfragen, ob mit der Zuspitzung nicht andere Akteure eine Entlastung innerhalb des Netzwerkes erfahren. Mit der Wahrnehmung der Landwirtschaft als besonders schädlich und eingefahren verhält es sich ähnlich – die Landwirtschaft wird viel kritisiert, während industrielle oder infrastrukturelle Einflussfaktoren selten thematisiert werden.

Die größten potenziellen bzw. bestehenden Interessenskonflikte, die in den Interviews angesprochen wurden, betreffen den Bereich der Landwirtschaft und die Gemeinden. Das Problem zwischen Landwirtschaft und Naturschutzaufgaben scheint teilweise festgefahren und aufgeladen, sodass alternative, nicht repressive Umgangsweisen ratsam scheinen. Andererseits gibt es im Zweifel einen unauflösbaren Interessensgegensatz zwischen den individuellen, finanziellen Interessen einzelner LandwirtInnen, UnternehmerInnen, KläranlagenbetreiberInnen, Kommunen, etc. und der staatlichen Durchsetzung von Naturschutzaufgaben, die nicht ausreichend mit Mitteln ausgestattet sind, um die individuellen Schäden ausgleichen zu können. Hier müsste dann auf repressive Maßnahmen wie Strafen zurückgegriffen werden. Diese Rahmenbedingungen sind Gegenstand der politischen Gestaltung. In der Frage der Prioritätensetzung spiegeln sich größere, potenziell nicht auflösbare Konflikte in Bezug auf Bewertung von Wirtschaft und Naturschutz generell wieder, welche auch in den Interviews thematisiert werden. Eine Position, die wirtschaftliche Interessen als unumgänglich oberste Priorität einstuft, ist bei Interessendivergenz unvereinbar mit einer Position, welche ökologische und soziale Nachhaltigkeit in das Zentrum der politischen Gestaltung rückt. Diese Konflikte werden sich im Rahmen des FPMS-Projekts nicht auflösen lassen. Hier kann es nur um einen Ausgleich, Kompromisse gehen.

Der Fokus sollte daher darauf liegen, pragmatische Lösungen für konkrete Problemlagen zu finden. Ziel sollte eine Strategie sein, den genannten Problemen dadurch zu begegnen, dass die „kritischen“ Akteure wie etwa die Landwirtschaft von der positiven Wirkung eines Aus-

³³ Vergleiche mit dem Nationalsozialismus stellen in Deutschland eine wirkmächtige rhetorische Figur dar und verdeutlichen die von einzelnen Akteuren wahrgenommene Spannung des Konflikts. Historisch betrachtet, ist die Verbindung zwischen Naturschutz und Nationalsozialismus in Deutschland in der Tat ideologisch eng (Konzept des ‚Deutschen Waldes‘, Reichsnaturschutzgesetz, Ausschuss zur Rettung des Laubwaldes im Deutschen Heimatbund u.v.m.); Kontinuitäten sind bis heute feststellbar (vgl. Radkau 2003: 43–51; vgl. auch Uetkötter 2006). Auch die Pläne um den Bayerischen Nationalpark (als Teil eines ‚Nationalpark Böhmerwald‘) entstanden erstmals im Nationalsozialismus (vgl. Kaineder 2011).

handlungsprozesses mit dem Netzwerk zum Thema FPMS (das heißt, die momentane Offenheit für den FPMS bei den Befragten) zu überzeugen und die negativ eingestellte(n) Gemeinde(n) in einen Aushandlungsprozess zu involvieren.

6 Handlungsempfehlungen

Aus den Ergebnissen der Interviews lassen sich folgende Empfehlungen zur Vorgehensweise ableiten, um das Netzwerk zum Flussperlmuschelschutz in der Region zu stärken:

- ➔ Potentielle MultiplikatorInnen in der Bevölkerung und in Ämtern gezielt ansprechen und weiterbilden, die sich öffentlich oder informell für den FPMS aussprechen.
- ➔ Gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Sinnhaftigkeit des FPMS für die Region:
 - Regelmäßiges Angebot von Informationsveranstaltungen für die interessierte Bevölkerung, z.B. geführte Wanderungen, Abendveranstaltungen, Schulbesuche, Info-Stände an Märkten;
 - Flyer/Broschüren für GastwirtInnen/Tourismusbereich interessant, ansonsten als eher ineffizient wahrgenommen; Befragte wurden mit den aktuellen Flyern zum FPMS nicht erreicht;
 - Pressearbeit wird breit unter den Befragten rezipiert und ist ein wichtiges Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit;
 - Gezielte Informationsveranstaltungen für BürgermeisterInnen, z.B. zu Fragen des Gewässerunterhalts;
 - Gezielte Informationsveranstaltung für LandwirtInnen, am besten in Kooperation mit regionalen, landwirtschaftlichen Verbänden, die dazu einladen/mitveranstalten; dafür: konkrete Handlungsoptionen für Landwirte aufzeigen, die zum FPMS beitragen können;
 - An positive regionale Identifikation der Bevölkerung mit FPM sowie die Verbindung von FPMS mit der allgemeinen Wasserqualität anknüpfen, um Verständnis für FPM zu wecken.
- ➔ Bewusstsein für die eigene Verantwortlichkeit herstellen, ohne einzelne Gruppen oder Individuen vor den Kopf zu stoßen und sie damit für den FPMS zu verlieren als Herausforderung; dieser Spagat gelingt am besten, wenn die Akteure von sich aus die Verantwortlichkeit anerkennen und thematisieren; auch implizite Zuschreibungen von außen werden zumeist abgelehnt und lösen Abwehrreflexe aus; Fingerspitzengefühl/verständnisvoller Umgang seitens der MultiplikatorInnen sowie nicht moralisierende, inhaltlich stichfeste Argumentationen sind notwendig, um dennoch einen Auseinandersetzungsprozess anzustoßen.
- ➔ Eventuell neue Aushandlungsformen ausprobieren, die geeignet sind, ein gegenseitiges Verständnis zu generieren und konkrete Konflikte zu lösen, z.B. Etablierung eines Flussperlmuschel-„Parlaments“, in dem InteressensvertreterInnen aller betroffenen Gruppen in einen Austausch über die erlebten Probleme und mögliche Reaktionen treten.³⁴ Für eine solche Institutionalisierung mit VertreterInnen, die von den einzelnen

³⁴ Ähnliches wird im Pfälzer-Wald mit einem „Luchsparlament“ versucht: Dort wird versucht, mittels des „Parlamentes“ eine moderierte Kommunikation zwischen den involvierten Akteursgruppen zu

Interessengruppen gewählt wurden, spricht, dass durch regelmäßige Treffen und stetige Zusammenarbeit ein tatsächliches, auf Gegenseitigkeit beruhendes Zuhören stattfinden kann. Im Gegensatz dazu dürften größere, anonymere Veranstaltungen ungeeignet sein, um Verständnis zu generieren; besser: Kleingruppengespräche, persönliches Kennenlernen.

- ➔ Feinfühlig und respektvoller Umgang mit LandwirtInnen; soweit möglich: Vermeidung von Auflagen und Verboten; konkrete (finanzielle) Unterstützungsangebote für LandwirtInnen, die für den FPMS aktiv werden wollen; idealerweise: gemeinsame Entscheidungsfindung mit Betroffenen statt eines Top-Town-Ansatzes³⁵; Flächentausch und -kauf muss die jeweilige wirtschaftliche Situation der LandwirtInnen mitberücksichtigen und persönlich ausgehandelt werden; Vorteil: höhere Akzeptanz für FPMS/Vermeidung von langfristigen, emotional aufgeladenen Konflikten; Nachteil: zeitaufwändiger und unvorhersehbarer als Auflagen; bei unauflösbaren Interessenskonflikten dysfunktional.
- ➔ Öffentlich bekannte, zuständige Ansprech- und Vermittlungsperson(en) für den FPMS in der Region, z.B. FPM-Beauftragte für einzelne Flussabschnitte; diese könnten Gemeinden, LandwirtInnen und andere Involvierte fachlich im Umgang mit konkreten Problemstellungen bei der Umsetzung von FPMS rechtlich, finanziell oder bezüglich Maßnahmen beraten. All diese Kommunikations-Maßnahmen eignen sich auch als Themen für Pressearbeit.

Aufgrund der teils vorbelasteten Beziehungen unter den Akteuren (z.B. Landwirtschaft → Naturschutz) sollten respektvolle Umgangsformen bei Gesprächen als Grundlage in Erinnerung gerufen und durchgesetzt werden, eventuell mit Hilfe von Moderations- und Mediations-techniken. Auch kleinere Gesprächsrunden begünstigen einen gegenseitigen, verständnisvollen Austausch. Eventuell bietet es sich an, nicht alle Akteure gemeinsam zu versammeln, sondern einzelne Akteurs-Gruppen (WasserwerkerInnen, regionale UnternehmerInnen, angrenzende LandwirtInnen) gezielt mit Informationsangeboten und Vorschlägen zur Mitwirkung am FPMS anzusprechen. Alternativ ist auch denkbar, sich in einer Moderation auf die Konfliktparteien zu beschränken, deren Interessen gegenläufig sind.

7 Zusammenfassung des Projektberichts

Die erste Erhebung der begleitenden wissenschaftlichen Evaluation des Teilprojekts *Rettung der Flussperlmuschel in Niederbayern* untersucht die Interessenlage der betroffenen und involvierten Akteure zum Thema Flussperlmuschelschutz sowie die Beziehungen unter den Akteuren – also die Netzwerk-Bedingungen, unter denen das Projekt im April 2016 startete. Hierfür wurden mittels einer Stakeholder-Analyse zwölf Interviews mit VertreterInnen verschiedener Interessensbereiche geführt und ausgewertet. Mit Hilfe sozialwissenschaftlicher

institutionalisieren und damit die Probleme rund um die erneute Ansiedlung des Luchses zu entschärfen (vgl. DIE ZEIT, 21.7.2016; TAURUS Institut Universität Trier-Homepage).

³⁵ „Top-Down“ bedeutet in diesem Kontext, Entscheidungen von höheren Ebenen auf unteren Ebenen, von „oben“ nach „unten“, durchzusetzen.

Konzepte wie der Akteurs-Netzwerk-Theorie konnten die Ergebnisse der Interviews eingeordnet und Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden.

Das Netzwerk zum Flussperlmuschelschutz-Projekt existiert bisher im Ansatz zwischen einigen Akteuren, die bereits ihr *Enrolment* angenommen haben. Die Aushandlungsprozesse mit den anderen Akteuren haben teilweise durch bisherige Kommunikationsangebote der TFN begonnen und müssen zukünftig mit allen Beteiligten durch die InitiatorInnen des Netzwerkes fortgeführt und vertieft werden.

Grundsätzlich ist die Nähe zu anderen Naturschutzthemen vorhanden, weshalb das FPMS-Netzwerk auch von diesen Netzwerken geprägt sein wird. Generell zeigt sich, dass die Images von NaturschützerInnen wie auch LandwirtInnen je nach eigener Perspektive seitens der Beteiligten teilweise äußerst negativ aufgeladen sind. Der Umgang mit den bereits vorhandenen Spannungen stellt damit eine besondere Herausforderung dar. Die größten potenziellen bzw. bestehenden Interessenskonflikte mit dem FPMS, die in den Interviews thematisiert wurden, betreffen den Bereich der Landwirtschaft und die Gemeinden. Hier sollten Strategien ausgearbeitet werden, um den genannten Problemen zu begegnen und um die Landwirtschaft in dem bereits begonnenen Aushandlungsprozess mit dem Netzwerk zum Thema FPMS zu halten. Auch sollten die negativ eingestellte(n) Gemeinde(n) in einen Aushandlungsprozess einbezogen werden. In den geführten Interviews wurde eine Vielzahl an Vorschlägen aufgebracht, um diesen Konflikten zu begegnen. Besonderes Augenmerk verdienen hierbei auf bestimmte Zielgruppen abgestimmte Strategien der Öffentlichkeitsarbeit, innovative Formen der Aushandlung von Interessensunterschieden beispielsweise durch ein Flussperlmuschel-„Parlament“ und öffentliche Vermittlungs- und Ansprechperson(en)/Flussperlmuschelbeauftragte für Probleme im Umgang mit dem FPMS.

V Quellenverzeichnis

- Assmann, J. 1988: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In J. Assmann/ T. Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- ATEX-Homepage: <https://www.knauf.com/de/knauf-partnerunternehmen/amf/> (letzter Zugriff: 24.10.16).
- Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft – Homepage: <http://www.lwf.bayern.de/forsttechnik-holz/biomassenutzung/050535/index.php> (letzter Zugriff: 24.10.2016).
- Callon, M. 2006: Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: Die Domestikation der Kammermuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht. In A. Belliger/ D. Krieger (Hg.), ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie. Bielefeld: Transcript, 135-174.
- DIE ZEIT, Lara Malberger 21.7.2016 „Frieden im Forst“.
- Easton, D. 1965: A Framework for Political Analysis. Chicago: University.
- Freeman, E. 1984: Strategic Management. A Stakeholder Approach. Boston: Pitman.
- Freitag, M./Rosenberg M. 2009: Repertory Grid. In S. Kühl/P. Strodtholz/A. Taffertshofer (Hg.), Handbuch Methoden der Organisationsforschung. Quantitative und Qualitative Methoden. Wiesbaden: VS.
- Jahn, D. 2013: Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer.
- Jones, T./Wicks, A./Freeman, E. 2006: Stakeholder Theory. The State of the Art. In N. Bowie (Hg.), The Blackwell Guide to Business Ethics. Malden: Blackwell, 19–37.
- Kaineder, Johanna 2011: Der Nationalpark Bayerischer Wald. Teil des Projektes: Ökologische Erinnerungsorte (Online-Publikation)
<http://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitelseiten/aufbrueche/84-der-nationalpark-bayerischer-wald> (letzter Zugriff 24.10.2016).
- Kaiser, R. 2014: Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden: Springer.
- Latour, B. 2007: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Littler, D./Marsden D. 2000: Repertory grid technique – An interpretive research framework. European Journal of Marketing, 34 Jg., Heft 7, 816 – 834.
- Mayring, P. 2015: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/ Basel: Beltz.
- McCrone, D./Bechhofer, F. 2015: Understanding National Identity. Cambridge: Cambridge University.
- Mitchell, R./Agle, B./Wood, D. 1997: Toward a Theory of Stakeholder Identification and Saliency: Defining the Principle of who and what really counts. Academy of Management Review, 22. Jg., Heft 4, 853–886.
- PNP 19.11.1955 „Alles Leben in der Ohe und im Ilz-Oberlauf ausgerottet“.
- PNP 2.4.1964 „Fischbestand in der Ilz nahezu ausgerottet“.
- Radkau, J. 2003: Naturschutz und Nationalsozialismus – wo ist das Problem? In J. Radkau/F. Uekötter (Hg.), Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt a. M.: Campus.

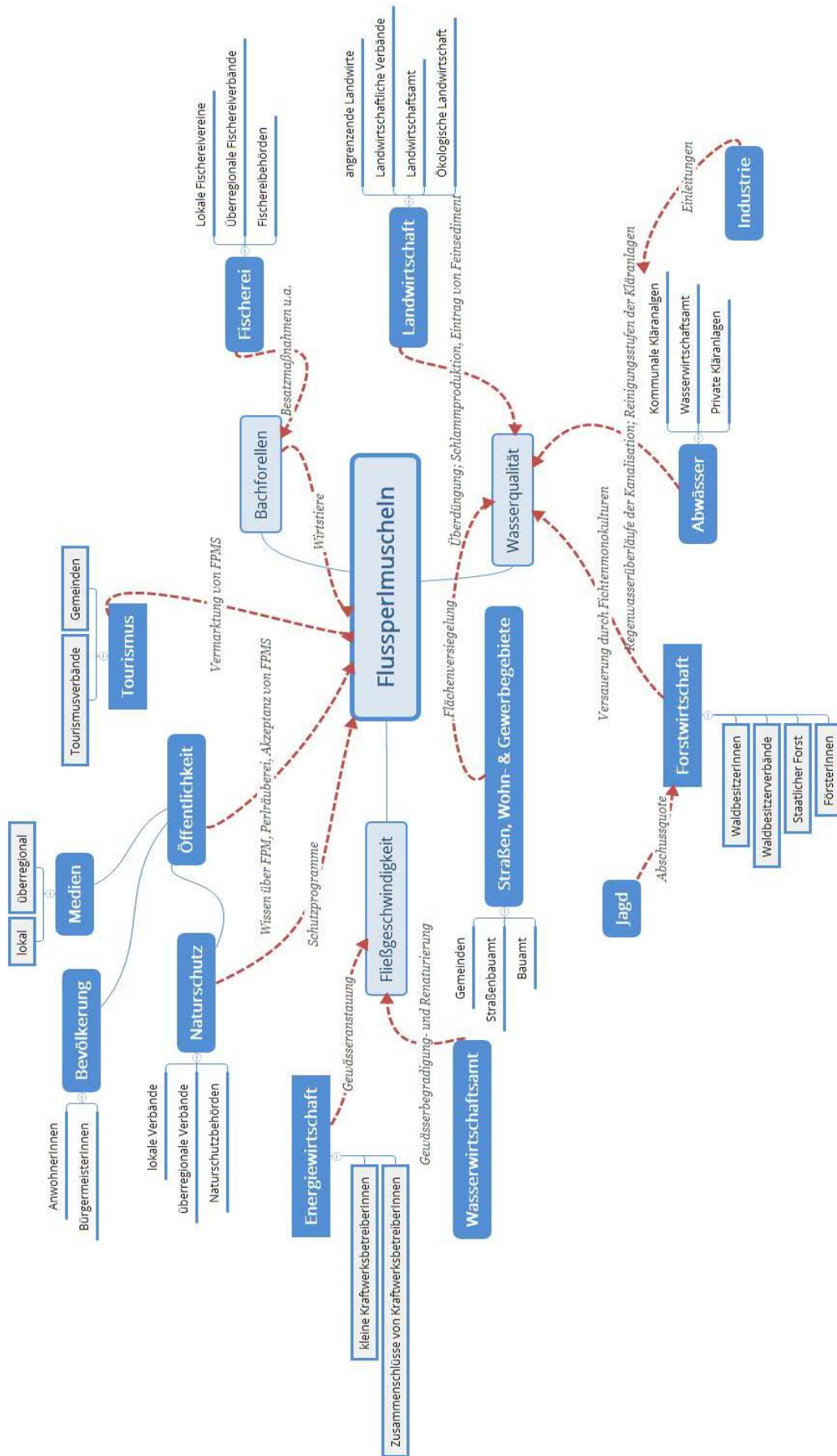
- Schulz-Schaeffer, I. 2000: Akteur-Netzwerk-Theorie. Zur Koevolution von Gesellschaft, Natur und Technik. In J. Weyer (Hg.), Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München: Oldenbourg, 187-211.
- Süddeutsche Zeitung 29.9.2016: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/umweltministerium-flussperlmuscheln-illegal-gefischt-1.3184474> (letzter Zugriff: 24.10.2016)
- TAURUS Institut der Universität Trier-Homepage: <http://www.taurus-pro.de/projekte.htm> (letzter Zugriff: 24.10.2016).
- Uetkötter, F. 2006: The Green and The Brown. A History of Conservation in Nazi Germany. Cambridge: Cambridge University.
- Ullrich, C. G. 1999: Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. Zeitschrift für Soziologie, 28. Jg., Heft 6, 429–447.
- Winhoff-Héritier, A. 1987: Policy-Analyse. Eine Einführung. Frankfurt a. M.: Campus.

VI Anhang

a. Grafik: Ergebnis der Stakeholder-Analyse

Die Stakeholder-Analyse fragt danach, wer ein Interesse am Flussperlmuschelschutz hat. Potenziell sind zunächst alle vom Flussperlmuschelschutz betroffen, die auf den Lebensraum der Flussperlmuschel und damit auf ihre Überlebenschancen einwirken. Daher wurden zunächst alle Bereiche berücksichtigt, die direkt oder indirekt auf die Wasserqualität oder die Wirtstierpopulationen Einfluss nehmen. Die jeweiligen Einflüsse müssen verändert werden, damit sich die Flussperlmuschelpopulationen wieder stabilisieren können. Hinzu kamen dann weitere Interessensgruppen, wie Medien, Bevölkerung und Naturschutz, die jeweils direkt oder indirekt auf den Erfolg eines Flussperlmuschelschutzprojektes einwirken, bzw. deren Interessen dabei berührt werden. In der Rücksprache mit dem Projektträger wurden die Bereiche ausdifferenziert und ergänzt (so kam der Bereich Jagd hinzu). Während der Interviews wurden die relevanten Bereiche mit den Befragten besprochen und nach Ergänzungen gefragt. Insbesondere der Einflussfaktor Industrie, der vorher vernachlässigt worden war, wurde in den Interviews mehrfach genannt, weshalb er mit in die Befragungen aufgenommen wurde. Letztlich konnten durch die Beschränkung der durchführbaren Interviews nicht alle Bereiche und Unterkategorien erfasst werden. Die Auswahl der berücksichtigten Bereiche erfolgte in Absprache mit dem Projektträger und in Relation zur wahrgenommenen Relevanz für den Erfolg des Projekts. Insgesamt wurde sich für die Studie dazu entschieden, die Befragung auf einer lokalen Ebene durchzuführen, um möglichst konkrete Problemfelder eruieren zu können.

Abbildung 1: Ergebnisse der Stakeholder-Analyse



b. Dossier: Konflikte in den Gemeinden – Ausführlichere Darstellung

Gemeinde 1

Natur- und Umweltschutz spielten eine alltägliche Rolle – insbesondere bei den Kläranlagen, aber auch was Energieeinsparungen angehe. Die Gemeinde sei diesbezüglich „gegenüber dem bürger gefordert dass wir da mit gutem beispiel voran gehen“ [B1 257]. In der Bevölkerung sei die Flussperlmuschel sehr negativ besetzt, insbesondere bei den AnrainerInnen, die von „massive[n]“ Einschränkungen betroffen seien [B1 245]. Diese bezögen sich auf Einschränkungen durch fehlende Bachlaufbegradigung und Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung: „gerade was jetzt auch den bachlauf betrifft wo es natürlich die landwirtschaftliche verwertung vom grundstück betrifft, das sind natürlich so schwierigkeiten da. die intensive nutzung ist natürlich nicht mehr so gegeben. zum teil ist es auch ffh gebiet. was auch nicht grad einfach ist für die landwirte. und da hat man natürlich dann schon das problem dass da manche flächen dann einfach brach liegen und sich keiner mehr drum kümmert“ [B1 245]. Auf Nachfrage, was das konkrete Problem der AnrainerInnen mit der Flussperlmuschel sei, wird begründet, dass die FPM gar nicht unbedingt negativ gesehen werden, sondern „für sie ist der bach der bösewicht im endeffekt“ [B1 245]. Der eigentliche Grund für die Einschränkungen sei aber die FPM [B1 245]. Im Rest der Bevölkerung interessiere sich nur ein Teil für die FPM – die meisten könnten mit dem Thema nichts anfangen, da sie auch noch nie eine gesehen haben und der Zugang zu den Gewässern schwierig sei [B1 253].

Da in der Gemeinde Flussperlmuscheln in den Gewässern vorkommen, gäbe es viele Berührungspunkte mit der FPM, jedoch „auch im negativen sinne“ [B1 236]. Hier besteht viel Unverständnis, das zu Unmut führt [B1 236f, 239f]. Prägend hierfür war ein Erlebnis mit einer wissenschaftlichen Untersuchung zur FPM, welches laut Befragter dazu führte, dass ein sehr teures Gutachten von der Gemeinde erstellt werden musste und die Gewässerinstandhaltungsmaßnahmen nicht weiter durchgeführt werden konnten [B1 236f].

Das Problem wird insbesondere beim Gewässerunterhalt, z.B. dem Entsandem des Flussbettes, für die Gemeinden spürbar und führt hier nach eigener Wahrnehmung zu einer Handlungsunfähigkeit, da wegen der Flussperlmuschel die Bäche nicht gepflegt werden könnten, aus Angst sich strafbar zu machen [B1 236, 238f, 242 244]. Als Folge sei die landwirtschaftliche Nutzung durch den nicht instandgehaltenen Bachlauf, zusätzlich zu den Auflagen wegen FFH-Gebiet, eingeschränkt, da der Bachlauf die Flächen verändere [B1 238f, 245].

Die Nachrüstung der Kläranlagen stelle laut InterviewpartnerIn für die Gemeinden „der größte interessenskonflikt“ mit dem Flussperlmuschelschutz dar, da diese mit hohen finanziellen Aufwand verbunden sei [B1 256]. Der hohe Anteil an nicht gedeckten Kosten müssten dann auf die AnliegerInnen und NutzerInnen umgelegt werden, was deren Unmut hervorrufe [B1 246f]. Jedoch würden sich die Gemeinden vermutlich nicht wehren können: „wir sind das kleine rädchen dran und uns wird aufgebürdet. also muss ich wieder auf das kläranlagen zurückkommen oder gewässerunterhalt. wenn man nicht darf oder wenn wir irgendwas einbauen müssen dann können wir uns wahrscheinlich nicht wehren können dagegen“ [B1 257]. Die Chancen des Flussperlmuschelschutzes seien für die Gemeinde nur greifbar, wenn es Unterstützung und Fördergelder für die Nachrüstung von Kläranlagen gibt, an-

sonsten sei es den BürgerInnen nicht kommunizierbar, warum die Kosten für die Kläranlagen immer weiter steigen [B1 246, 257].

Das zweite große Problem, welches sich an der Gewässerunterhaltung entzündet, sei die Unklarheit bezüglich Zuständigkeiten und Regelungen sowie AnsprechpartnerInnen für die Gemeinden. Es müssten seitens der Gemeinde eine Vielzahl an verschiedenen Akteuren bei Planungen am Gewässer eingebunden werden „vor allem wenn es um die flussperlmuschel geht“, was die eigenen Kapazitäten überfordere, insbesondere wenn diese sich untereinander widersprechen [B1 241f]. Die InterviewpartnerIn schlägt vor, dass „das letzte wort“ am besten bei einer Behörde, „und nicht zehn und zwanzig und dreißig“, beispielsweise dem Wasserwirtschaftsamt, liegen solle, sodass für die Gemeinde klar ist, nach wessen Vorgaben gehandelt werden solle [B1 242, 246, 257]. Es fehle an klaren Vorgaben, wie mit den Gewässern in denen Flussperlmuscheln leben als Gemeinde umzugehen sei, z.B. in Bezug auf die Reinigung von Bachläufen [B1 245]. Auch gäbe es zwar Vorschläge für die Gemeinden, jedoch wollen keiner die – finanzielle, rechtliche, ökologische – Verantwortung übernehmen, falls diese Maßnahmen doch nicht in erhoffter Weise wirksam seien und die Gemeinden blieben dann auf dem Aufwand und den Kosten sitzen [B1 237, 242].

Die Biber-Problematik betreffe auch die Gemeinden stark, z.B. bei den Kläranlagen, und führe zu einer Frust auf die Politik in dem Bereich, da die Versuche von Einflussnahme auf Lokalpolitik und Landespolitik erfolglos blieben [B1 239, 241]. Zudem wird angeführt, dass der Biber nun auch anfinge, der Flussperlmuschel zu schaden: wenn die Beschattung an einzelnen Gewässern wegfällt und sich dadurch die Wassertemperatur erhöhe [B1 238, 240f]. Die bringe die Naturschutzbehörden in den Zwiespalt zwischen den zwei zu schützenden Tierarten [B1 240].

Gemeinde 2

Naturschutz spielt in Gemeinde B ebenfalls eine sehr wichtige Rolle – er sei eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre, um die eigenen Strukturen zu erhalten; es laufen bereits einige Projekte rund um das Thema in der Gemeinde und im Gemeinderat sei Naturschutz als Thema „mittlerweile sehr sehr stark verfestigt“ [B2 266]. Flussperlmuscheln seien nach Einschätzung des Interviewpartners B insgesamt in der nicht direkt betroffenen Bevölkerung durch den regionalen und persönlichen Bezug eher positiv besetzt [B2 265]. Die Gemeinde B sei durch Flussperlmuschelschutz indirekt in Bezug auf Gewässereinleitungen „nicht minderbetroffen“ – jedoch spielt sich der Kontakt mit FPMS eher „im tagesgeschäft“ als in öffentlichen Diskussionen ab [B2 262]. Die Gemeinden hätten diesbezüglich „ihre hausaufgaben gemacht“ [B2 264]. Die eigene Einbindung und das Wissen um das Thema FPMS sei jedoch bisher wenig vorhanden [B2 263f]. Im Allgemeinen stellt der Interviewpartner eine unzureichende „informationspolitik“ in Bezug auf Gewässer- und Flussperlmuschelschutz gegenüber den Anrainerkommunen fest [B2 264]: „ich sehe momentan das verhältnis dass sehr große investitionen zu tätigen sind, aber mir hat noch keiner gesagt was das für einen mehrwert gebracht hat“ [B2 265, 280]. Daher sei das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen des Gewässerschutzes für die Gemeinde „spannungsgeladen“ [B2 280]. Die positiven Auswirkungen, die beispielsweise die verschärften Auflagen für die Kläranlagen haben, sollten seitens des Wasserwirtschaftsamtes besser kommuniziert werden [B2 265,

280]. Es sei insbesondere bei so einem „feinfühligem“ Thema wie FPMS wichtig, alle Gemeinden „mit ins Boot [zu] nehmen“ [B2 265].

Straßenbau ist bei Gemeinden selbst ein Thema, nicht so sehr das Straßenbauamt [B1 255]. Die Gemeinde führe jedoch keine großen Straßenneubauten mehr durch und bei Siedlungs- und Gewerbegebietserschließung habe es keine großen Probleme gegeben. Die Gemeinde habe jedoch viele Rückhaltebecken für versiegelte Flächen bauen müssen [B2 279f]. Die Maßnahmen seien zwar sehr teuer für die Gemeinde, man fühle sich zuweilen „geängelt“, andererseits seien sie aber auch „zwingend notwendig“ um die Gewässer zweiter und dritter Ordnung zu schützen [B2 279f].

BürgermeisterInnen seien MeinungsträgerInnen für die Gemeinde und fungieren bei Interessenskonflikten auch beim Thema Naturschutz nach eigener Wahrnehmung als MediatorInnen [B2 278]. Sie stellen daher nach Einschätzung einer InterviewpartnerIn potentielle MultiplikatorInnen für den Flussperlmuschelschutz dar; sie selbst könne sich das vorstellen [B2 268]. Dafür bedürfe es jedoch fundierten Hintergrundinformationen, die dann weiter gegeben werden können – eine gesonderte Einladung zur Fortbildung bzw. zu einem Vortrag für potentielle MultiplikatorInnen wäre hier ihres Erachtens nach sinnvoll [B2 268]. Flyer und Broschüren gäbe es bereits zu viele – die darin enthaltenen Informationen gingen schnell unter; ein direktes Gespräch sei immer zielführender für die Wissensweitergabe und Bewusstseinsbildung [B2 264f]. Daher empfiehlt sie auch zahlreiche Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung anzubieten, um dadurch eine Sensibilisierung für das Thema zu erreichen [B2 264f].

Mit LandwirtInnen stehe die BürgermeisterIn immer wieder wegen dem Einsatz von Dünger und Spritzmitteln in Kontakt – hier seien insbesondere die LandwirtInnen angesprochen worden, deren Flächen direkt an Gewässern liegen, und es konnte zu einer Übereinkunft kommen [B2 262f]. Die Konflikte beziehen sich in der Gemeinde jedoch nicht konkret auf FPMS [B2 263].

c. Dossier: Konflikte und Freiwilligkeit in der Landwirtschaft

Verhältnis zu Naturschutz allgemein

Die Einschätzung der LandwirtIn ist, dass die lokalen BäuerInnen „schon wert auf naturschutz legen“ – an einer Schädigung der Natur hätte keiner Interesse [L1 183]. Diese passieren aus Unachtsamkeit oder Unwissenheit, insbesondere der älteren LandwirtInnen, die bestimmte Wirtschaftsweisen gewohnt sind [L1 183]. Die zuständigen Stellen bräuchten eine Toleranz, die Unachtsamkeit mit einkalkuliert. Grundsätzlich hätten LandwirtInnen ebenfalls ein Interesse an einem gesunden Boden, der an die nächste Generation weiter gegeben werden kann [L1 183]. Grundsätzlich hätten Landwirte auch nichts gegen Tiere und Natur – allein ein „übertriebener naturschutz“ führe zum Ärger [L1 175]. Auch Wasserqualität wird als sehr wichtig für die eigene Lebensqualität eingestuft [L1 183].

LandwirtInnen sehen sich von der Unteren Naturschutzbehörde unter Druck gesetzt. Sie fordere teilweise „sinnlose“ Maßnahmen, die dann wiederum zu weiterem Unverständnis führten [ÖL 306f]. Es gäbe ein sehr negatives Bild von den Naturschutzverbänden, auch wenn faktisch wenig Kontakt bestehe [ÖL 306f]. Insbesondere eine gegenseitige Hetze müsse aufhören – es gäbe offene Personen auf beiden Seiten und am besten wäre es, wenn diese aufeinander zugehen, miteinander ins Gespräch kommen, gemeinsame Ziele betonen und auch die LandwirtInnen sähen, was die Verbände für sie durchgesetzt haben [ÖL 310, 312]. LandwirtInnen seien „normalerweise auch naturbewirtschafteter und sind auf die natur angewiesen [...] die kann ich natürlich nur mit ins boot holen wenn sie sich erstmal wertgeschätzt sehen natürlich und nicht so ihr seid die bösen ihr müsst jetzt ihr müsst jetzt sondern erstmal schätzen wir wert was ihr macht“ [ÖL 312]. Dann könne auch lösungsorientiert zusammengearbeitet werden und vielleicht würde dann die eine oder andere Forderung auch von den LandwirtInnen aufgenommen werden [ÖL 312].

Grundsätzliches Verhältnis zum Flussperlmuschelschutz

Flussperlmuschelschutz spielt bisher eine unauffällige Rolle in der Wahrnehmung der InterviewpartnerIn [L1 191]. Die VertreterIn für konventionelle Landwirtschaft befürwortet das Projekt der Wiederansiedlung von Flussperlmuscheln: „ich finde dass die flussperlmuschel wieder in die bäche gehört“ [L1 184f, 190]. Sie bezweifelt auch, dass eine LandwirtIn Anstoß an Flussperlmuscheln nehmen würde, solange sie deswegen keine weiteren Auflagen zu befolgen habe [L1 184f]. LandwirtInnen hätten kein Interesse an Flussperlmuscheln, beziehungsweise grundsätzlich am Geschehen im Bach – und seien deswegen auch keine GegnerInnen des Vorhabens [L1 184f, 190]. Kritische Stimmen habe sie noch nicht gehört und sie könne sich auch nicht vorstellen, dass es welche geben wird [L1 190]. Sie hat von dem Projekt in der Zeitung gelesen und findet, dass das Geld dafür sinnvoll angelegt ist [L1 190]. Konkrete Erfahrungen mit Flussperlmuschelschutz gibt es bisher nicht – auch Auflagen dafür seien keine bekannt [L1 185f]. Die konkreten Befürchtungen der LandwirtIn in Bezug auf den Flussperlmuschelschutz wären, dass es eine erneute Auflage aufgrund des Flussperlmuschelschutzes gibt und als Folge „wieder ein kontrolleur mehr auf seiner wiese herumläuft“ und Geldstrafen verhängt [L1 186]. Vorschläge für Maßnahmen unter LandwirtInnen für den FPMS werden nicht gemacht.

Kontrollen als wahrgenommene Probleme

Ein zentrales alltägliches Problem in der eigenen Wahrnehmung stellten für die LandwirtInnen die Kontrollen dar. Dabei seien für sie die Härte und der Grund der Strafen nicht nachvollziehbar. Die sofortige Einleitung von Strafverfahren sowie die Inflexibilität von Vorgaben, die keine situativen Anpassungen erlauben, werden als Hauptgründe für Frustration genannt [L1 182]. So wird als Beispiel aufgeführt, dass beim Mähen vom Schlepper aus der Abstand zum Bach um dreißig Zentimeter überschätzt wurde, was zu einer Geldstrafe und zu nachhaltigem, tiefsitzenden Frust bei der LandwirtIn führe [L1 186f]. KontrolleurInnen sollten dabei zwar streng sein, jedoch auch Toleranz zeigen, Spielräume wahrnehmen und verständnisvoller auftreten [L1 186]. Dabei werden das Auftreten und der zwischenmenschliche Umgang der KontrolleurInnen für die Akzeptanz eines Gesetzes als wichtiger eingeschätzt als dessen konkreter Inhalt [L1 186]. Als Positivbeispiel nennt sie die KontrolleurInnen des Landwirtschaftsamtes, die selbst aus dem Fachbereich kämen und aufgrund von Praxiserfahrung ein Fingerspitzengefühl dafür besäßen, welche Verstöße aus Absicht und welche aus Unachtsamkeit oder Unwissenheit passieren [L1 192].

Situation der Landwirtschaft im Verhältnis zu Naturschutz

In Bezug auf Aushandlungen über die Abgabe von Flächen betont die LandwirtIn und NaturschützerIn die schwierige Lage in der sich LandwirtInnen befinden – sie benötigen die Flächen zum Überleben, weshalb ein Verkauf seine Grenzen hat. Viele hätten bereits durch steigende Pachtpreise aufgrund der Biogasproduktion aufgehört oder ihre Betriebe seien aufgekauft worden [L2 12f]. LandwirtInnen stecken heute „in der zwickmühle“, dass sie, um genügend Ertrag zu erwirtschaften, immer mehr teuren Dünger einsetzen müssen [L2 14]. Für LandwirtInnen, die sich zum Thema Flussperlmuschelschutz „nicht ganz positiv angehört haben“ hat sie daher Verständnis, da sie zwar auch für den Flussperlmuschelschutz seien, „aber eben das zweite Herz mitschlagen haben“ [L2 14]. Erst eine langfristige Unabhängigkeit von (konventionell-)landwirtschaftlichen Einnahmen kann diesen „spagat“ auflösen [L2 14]. Ein besonderes Problem bereitet den Landwirten in ihren Augen die Dokumentationspflichten, die einen großen Zeitaufwand darstellen [L2 23].

Die Branche der Landwirtschaft trüge laut VertreterIn für ökologische Landwirtschaft ihre Verantwortung für die Gewässerqualität und mit dieser sollte sie auch konfrontiert werden; jedoch muss gleichzeitig den LandwirtInnen auch Verständnis für ihre Situation entgegen gebracht werden, beispielsweise was die Überforderung durch viele Auflagen von älteren LandwirtInnen angeht [ÖL 303]. Das Wehren gegen Naturschutz könne oft einfach als Ausdruck der eigenen Überforderung gedeutet werden [ÖL 303]. Schuld sei auch die landwirtschaftliche Beratung der letzten Jahrzehnte und daher sei es verständlich, dass eine Umstellung nur langsam passieren könne [ÖL 303]. Verantwortung liege auch bei der staatlichen Förderpolitik; solange der Maisanbau noch so stark subventioniert werde wie momentan, sei es unwahrscheinlich, dass LandwirtInnen „von heute auf morgen“ damit aufhören [ÖL 303]. Die jungen LandwirtInnen seien oft schon viel besser ausgebildet als die älteren, die viel noch eher auf eine gute Beratung vom Landwirtschaftsamt angewiesen seien [ÖL 304].

Umstellung auf ökologische Landwirtschaft

Da das Verhältnis der LandwirtInnen zu Naturschutz sehr angespannt sei, müsse beim Werben für die Umstellung zur ökologischen Landwirtschaft sensibel damit umgegangen werden, zu sagen, dass die ökologische Landwirtschaft auch besser für die Natur sei [ÖL 291]. Aus eigener Erfahrung schloss die InterviewpartnerIn, dass durch den Vergleich sehr schnell eine Beleidigung der eigenen Vorgehensweise als „umweltsünder“ wahrgenommen würde [ÖL 291]. Andererseits ist die ökologische Landwirtschaft nach der Meinung der Interviewten sozialer und ökologischer und es mache auch keinen Sinn die konventionelle und die ökologische Produktionsweise als vollkommen gleichwertig gegenüber der Natur darzustellen. Letztlich solle ja auch eine Auseinandersetzung angestoßen werden [ÖL 292]. Es gehe immer wieder darum, Informationsangebote an konventionelle Landwirte zu machen und diese müssten sich letztlich selbst überlegen, ob die ökologische Landwirtschaft für sie geeignet sei – mit einem Fokus auf Quantität in der Produktion sei die ökologische Landwirtschaft beispielsweise eher schwerer vereinbar [ÖL 287f, 290]. Das Umdenken kann zuweilen ein langer Prozess sein; es müsse sich unter anderem eingestanden werden, dass die jahrelang praktizierten Methoden nicht so sinnvoll sind und das sei psychologisch nicht einfach [ÖL 288, 290]. Chancen für die Umstellung sieht die Interviewte schon; der Markt sei noch lange nicht gesättigt – es müssten immer noch die meisten Bio-Produkte aus dem Ausland importiert werden [ÖL 289]. Momentan sei insbesondere durch den niedrigen Preis für konventionelle Kuhmilch ein großer Anreiz für die Umstellung gegeben; eine Umstellung rein wegen des Profits sei jedoch nicht sinnvoll, da dieser langfristig nicht gegeben sein muss [ÖL 289].

d. Dossier: Die Verträglichkeit von Tourismus und FPMS aus Sicht der Befragten

Tabelle 2: Verträglichkeit von Tourismus und FPMS aus Sicht der Befragten

Interview-partnerIn	Sichtweise zu Tourismus und FPMS – detailliertere Ausführungen der Befragten
TW	<p>Flussperlmuscheln seien in der täglichen Arbeit „unbedeutend“; es sei nur ein „ganz kleines segment, auch wenn es vielleicht die krönung wäre, oder die spitze“ [TW 43]. Flussperlmuschelschutz findet die InterviewpartnerIn sinnvoll; es leuchte ein, dass wenn es der Flussperlmuschel gut gehe, dadurch, dass sie an der Spitze des Ökosystems stehe, es dem ganzen Ökosystem gut gehe; es sei es dafür auch wert, die Millionen an Euro auszugeben, die das Projekt kostet [TW 41, 44]. Auf die Natur müsse man schon ein bisschen schauen, gerade hier in der Region und in „exponierter“ Lage am Flusslauf [TW 43]. Der historisch-kulturelle Kontext der Region sei aber schon vor Kontakt mit dem FPMS bekannt gewesen: die Geschichte des Perlfischereirechts der Bischöfe, die Flussperlen in der bayerischen Königskrone und die Existenz schwarzer Perlen, die sie als Kind in einem Passauer Geschäft gesehen habe [TW 39f].</p> <p>Tourismus stehe an erster Stelle, da dies die Haupteinkommensquelle darstelle [TW 44]. Die Gewässerqualität sei auch für TouristInnen wichtig, beispielsweise beim Baden [78]. Mit einer kleinen Kläranlage habe die Interviewte selbst einen Anteil an der Gewässerqualität [TW 56]. Durch die Messungen, die dreimal die Woche an der Kläranlage vorgenommen werden, spiele Gewässerqualität „schon ins tägliche leben rein“ [TW 44]. Wenn etwas nicht stimmt, komme das Wasserwirtschaftsamt und fordere Nachbesserungen [TW 44]. Außerdem komme alle drei Monate auch eine Person der Gemeinde, die Laborproben entnimmt [TW 44]. Wasserqualität sei daher für die Interviewte auch „ein kostenfaktor“ [TW 44]. Die vollbiologische Kläranlage habe man zwar als Auflage bekommen, aber wenn man in einem Naturschutzgebiet lebe, „da fühlst du dich dann schon auch verpflichtet, dass der fluss nach wie vor sauber und intakt bleibt“ [TW 39].</p> <p>Der kommunale Zusammenschluss zum Tourismus sei die ARGE Ilz [TW 49]. Es werde mit Tourismusverbänden zusammengearbeitet, zum Beispiel Anzeigen geschaltet [TW 49]. Als „unterste ebene“ müssten sie selbst vor allem ihre „hausaufgaben“ bezüglich der Infrastruktur machen, wie Beschilderung und Wanderwege; die Werbung mache dann schon eine „höhere ebene“ [TW 49]. In der Region mache die Werbung vor allem der Bayerische Wald, das sei auch für die Wirksamkeit sinnvoller [TW 49].</p>

Tab. 2 (Forts.): Verträglichkeit von Tourismus und FPMS aus Sicht der Befragten

TW	<p>In den jeweiligen Gemeinden gäbe es zudem angestellte „touristiker“, die für Werbung zuständig seien, mit denen die Interviewte in einem „ständige[n] dialog“ stehe [TW 50]. Dabei hänge der Tourismus durch die Notwendigkeit der Landschaftspflege auch mit der Landwirtschaft zusammen [TW 50].</p> <p>Flussperlmuscheln seien in der lokalen Tourismusarbeit „kein thema“ [TW 47]. Die Flussperlmuschel sei für TouristInnen nicht interessant – sie schauen sich die Landschaft an, manche interessierten sich vielleicht spezieller und läsen ein Buch über Flussperlmuscheln – aber wegen der Flussperlmuschel würden keine TouristInnen kommen, sie seien ja nicht sichtbar [TW 40f]. Beim Wandern solle die Landschaft für TouristInnen jedoch schön sein: ein gesunder, sauberer, fließender Fluss, nicht zugebaut mit Teerstraßen oder Ortschaften, alle paar Kilometer eine Wirtschaft [TW 40f]. Dass es Naturschutzgebiet ist, gefalle den AnglerInnen nicht, aber man könne nicht alles haben [TW 40f]. Flussperlmuscheln „stehen ganz hinten an“ [TW 41].</p> <p>Persönlich habe sie beispielsweise Flussperlmuschelschalen im Gastronomiebetrieb ausgestellt [TW 41]. In der Ilz-Infostelle seien FPM außerdem Thema als Teil des Ökosystems. Aber ansonsten frage sie sich, „was sollen wir da jetzt groß machen, das wir da jetzt groß bewerben, ja was gibt es da zum schauen? was kann man sehen?“ [TW 41]. Es wäre anders, wenn es eine Perlindustrialie gäbe, Perlenzucht beispielsweise [TW 41]. Die Muschel wird vor allem als bildliche „abrundung“ herangezogen, jedoch könnten keine Aktionen dazu gemacht werden und eine besondere Aufmerksamkeit auf die Flussperlmuschel im Tourismus stände daher „in keinem verhältnis“ [TW 49]. Eventuell könne es bei „naturkundlichen wanderungen“ erwähnt werden; als der „große aufhänger“ würden FPM jedoch nicht funktionieren [TW 49].</p>
B1	<p>Tourismus ist für die Gemeinde 1 sehr wichtig, weshalb auch die Badegewässer eine gute Qualität haben sollten [B1 255]. Die Flussperlmuschel könne aber keine TouristInnen begeistern – sie interessiere nicht, da sie „kein zootier“ und über der Wasseroberfläche nicht sichtbar sei [B1 258]. Außerdem bestehe die Gefahr, dass durch zu viel Zugänglichkeit zu Gewässern für BesucherInnen die FPM zu Schaden komme [B1 252].</p>
B2	<p>Tourismus spielt auch in Gemeinde 2 insbesondere im Bereich des Tagestourismus entlang der Gewässer eine Rolle [B2 266]. In Bezug auf Tourismus bestehe mit FPM jedoch laut InterviewpartnerIn B2 bisher keine Verbindung [B2 278]. Hier könnten beispielsweise noch mehr Informationsangebote an TouristInnen gemacht werden [B2 268, 278].</p>
FO WB	<p>Laut forstamtlicher Interviewten, könne das regionale Alleinstellungsmerkmal FPM insbesondere im Tourismus auch wertschöpfend werden und „leute anlocken“ [FO 168]. Auch die forstwirtschaftliche InterviewpartnerIn ist der Meinung, dass es die Einheimischen zwar insgesamt nicht so sehr interessieren würde, ob es wieder FPM gäbe, aber für den Tourismus sei es gut [WB 232].</p>
L1	<p>Nach Meinung der Interviewten zur konventionellen Landwirtschaft könnte der Tourismus das Thema Flussperlmuscheln besser „ausschlachten“ als bisher, z.B. durch Wanderungen [L1 196]. Nach Wahrnehmung der Interviewten interessiere das die Fremdenverkehrsämter bisher jedoch nicht [L1 196].</p>

Tab. 2 (Forts.): Verträglichkeit von Tourismus und FPMS aus Sicht der Befragten

L2	Der Gemeinderat in dem die Interviewte tätig war, habe sich immer wieder damit auseinandergesetzt, was TouristInnen geboten werden könne [L2 16]. Das Verhältnis von Tourismus und Flussperlmuscheln wird als „ganz weit untergeordnet“ eingeschätzt [L2 27]. Zwar wollen TouristInnen eine schöne Landschaft und einen gesunden Bach sehen, aber Flussperlmuscheln spielten da unter den anderen Attraktionen, auch unter NaturliebhaberInnen, eine untergeordnete Rolle [L2 27].
ÖL	Von Seiten der Interviewten zur ökologischen Landwirtschaft ist die Wahrnehmung, dass in Bezug auf FPM im Bereich zu Tourismus „auf jeden fall was gemacht wird“ [ÖL 308]. Als Beispiele für bisherige Bemühungen werden eine Ausstellung dazu in Fürsteneck, Broschüren vom Naturpark und Wanderungen zu dem Thema genannt [ÖL 308].
M	Tourismus wird von der MedienvertreterIn als sehr wichtig für die Gemeinden eingeschätzt und es sei in der Berichterstattung „ein großes thema“ – so laden Tourismusverbände und Kommunen zu Veranstaltungen ein oder legten Broschüren auf [M 66]. Tourismus und Naturschutz werden dabei jedoch bisher eher als getrennt voneinander arbeitend wahrgenommen [M 66].
I	Eine erfolgreiche Wiederansiedlung der FPM sei auch aus Sicht der Wirtschaft positiv zu bewerten, da sie ein Indiz für „gelungene maßnahmen was die sauberkeit und die infrastruktur von so einem gewässer anbelangt und das kann ja letztlich insgesamt auch nur wieder dem wirtschaftsraum als solchem speziell tourismus gastronomie wertvolle hilfstellung leisten“ [I 326f].
FI	Flussperlmuscheln seien für den Tourismus unter anderem durch die Symbolik der schwarzen Perle für die Ilz „ein ganz großer aufgehänger“ in der Region [FI 133]. Das grundsätzliche Verhältnis zwischen Flussperlmuschelschutz und Tourismus ist in Augen der Fischerei zwiespältig – vor allem durch eine konstante gewässernahe Wegeführung, Massentourismus und dadurch entstehende Beunruhigungen werde der Natur eher geschadet [FI 134]. Ein Kompromiss wäre, die Wege nur an kleineren Abschnitten direkt am Gewässer verlaufen zu lassen [FI 134]. Auch wenn die Standorte von Flussperlmuscheln öffentlich gemacht werden, schätzt er die Gefahr hoch ein, dass in der Folge sich Menschen auf die Suche nach Perlen machen und dadurch die Muscheln zerstören [FI 135].
N	Die Verbindung von Tourismus und Naturschutz ist laut VertreterIn des Naturschutzverbandes „einer der bereiche der total brach liegt“ [N 96]. Die Gemeinden sollten vielmehr mit „alleinstellungsmerkmale[n]“, die eben auch im Bereich von Artenschutz liegen könnten, arbeiten, um sich zu vermarkten [N 96]. In Bezug auf die FPM könnte sich in Zusammenarbeit mit dem Jagd- und Fischereimuseum oder der Fischotterstelle „zugkräftig[e]“ Aktionen überlegt werden [N 96f]. Das Thema müsse in die lokalen Vermarktungsstrategien mit eingebaut werden [N 96f]. So könnten beispielsweise geführte Wanderungen angeboten oder, wie teilweise schon geschehen, Informationskästen aufgehängt werden [N 96f]. Die Maßnahmen sollten insgesamt mit erlebnispädagogischem Fachwissen verbunden werden [N 96f]. Sie könne sich auch vorstellen, dass einzelne Gemeinden in der Region sehr offen für solche Vermarktungsstrategien mit der FPM wären [N 97].

e. Tabellarische Übersicht: Bisherige Kontakte mit dem FPMS

Tabelle 3: Übersicht: Bisherige Kontakte mit FPMS-Projekten

	Bisheriger Kontakt mit FPMS	Broschüren/Flyer bekannt	Sonstige Beschäftigung: Medienartikel/Ausstellungen/Informationveranstaltung etc.	Vorherige/andere FPMS Projekte bekannt	Beteiligung an Projekt/Selbstständige Arbeit
B1	Ja	Nein, gäbe bereits eine Flut von Papier, das könne man nicht alles lesen	Gab Veranstaltungen dazu vom Landratsamt	Ja, Untersuchung einer Universität, schlechte Erfahrungen [B1 247]	Nein
B2	Nein [B2 264]	Nein, gäbe viel zu viele davon; persönliches Gespräch sei besser [B2 267]	Nein	Nein [B2 267]	Nein
FI	Ja	k.A.	Beschäftigung in der eigenen Arbeit	Ja	Ja, eigene Programme [FI 121]
FO	Ja	Unterlagen für Behörden durchgearbeitet [FO 149]	Infostelle Fürsteneck [FO 149]	Nein [FO 151]	Nein
I	Ja	k.A.	Schulbesuch des Kindes beim Projekt [I 326]	k.A.	Nein
L1	Nein [L1 185f]	Nein	Zeitungsartikel [L1 190]	Nein [L1 190]	Nein
L2	Ja	k.A.	Eigene Beschäftigung damit	Nein	Ja
M	Ja	Nein [M72]	Nein	Nein	Nein
N	Ja	Ja	Eigene Recherche	Ja	Nein
ÖL	Ja	Eventuell [ÖL 297]	Informationen durch Behörden, Naturpark, Infostelle Fürsteneck [ÖL 297]		
TW	Ja	Ja (von WWA) [TW 41]	Informationsveranstaltung [TW 39]	Nein	Nein
WB	Ja	Nein [WB 215]	Medien (Bücher, Fernsehen) [WB 211]	Nein [WB 215]	Nein

f. Tabellarische Übersicht: Lokale Zusammenschlüsse rund um die Ilz und ihr Verhältnis zur FPM

Tabelle 4: Lokale Zusammenschlüsse um die Ilz und ihr Verhältnis zur FPM

Zusammenschluss & InterviewpartnerInnen	Beschreibung der Zusammenschlüsse und ihr Verhältnis zu FPM
Ilztalschmankerlwirte [TW]	Der Interviewpartner ist Teil der Wirtevereinigung „Ilztalschmankerlwirte“, die sich gründeten als die Ilz Flusslandschaft des Jahres wurde und als Folge mehrere Initiativen in der Region gestartet wurden [TW 37]. Die Muschel mit der schwarzen Perle ist das Logo der Vereinigung [TW 38]. Die Muschel als Logo zu nehmen, kam „von außen“; es war damals der Vorschlag des Beraterteams zur Flusslandschaft des Jahres, der dann aufgegriffen wurde [TW 51]. Die Muschel gehöre aber schon zum Bild der Ilz dazu und es wäre daher schön, wenn sie nicht nur auf Schildern und Prospekten auftauche, sondern auch wieder im Bach lebe [TW 51].
Ilzerland [B1, B2]	Der interkommunale Zusammenschluss Ilzerland wird als wichtig eingeschätzt – hier können Erfahrungen in Arbeitsgruppen ausgetauscht, Fördergelder gemeinsam beantragt oder beispielsweise Geräte gemeinsam angeschafft werden [B1 244, B2 270]. Die Flussperlmuschel spiele aber in dieser Runde keine Rolle, da nur wenige Gemeinden direkt „betroffen“ seien [B1 244]. Die Gemeinden, die Populationen von Flussperlmuscheln besäßen, hätten untereinander weniger Austausch – jedoch seien die Problematiken und das Ohnmachtsgefühl die gleichen [B1 244]. Es wird auch abgestritten, dass das Logo des Ilzerlandes – die schwarze Perle – in erster Linie etwas mit der Flussperlmuschel zu tun habe; die Bedeutung der Perle beziehe sich vor allem auf den Fluss an sich [B1 244].
Zweckverband Gewässer dritter Ordnung [B1]	Ein weiterer wichtiger, gut funktionierender Zusammenschluss sei für die Gemeinde der Zweckverband Gewässer dritter Ordnung, der die Gemeinden bei der Unterhaltung der Gewässer unterstützt [B1 243]. Beim Umgang mit Flussperlmuscheln im Gewässer käme jedoch auch dieser an seine Grenzen, „wenn [nach mehrmaligen Begehungen des Geländes] einfach nichts weiter geht“ [B1 242].
Teilnehmergeinschaft Ilz [B2]	Die Teilnehmergeinschaft Ilz wird als wichtige Kommunikationsplattform unter den AnrainerInnen an der Ilz wahrgenommen [B2 274]. Auch Naturschutzbehörden sind mit dabei [B2 273]. Die Teilnehmergeinschaft sei als Resultat des Programms „Saubere Ilz“ gegründet worden [B2 273]. Zur Rolle der FPM darin werden keine Aussagen gemacht.
Ilzallianz [N, FI]	Die Ilzallianz wird vom Vertreter des Naturschutzverbands als „total eingeschlafen“ wahrgenommen [N 93], es kämen lediglich noch Naturschutzverbände und Kanuten regelmäßig [N 93]. Auch die FischereivertreterIn bestätigt, dass nur noch eine Hand voll Leute teilnahme [FI 126]. Die Fischerei beschreibt vor allem, dass hier Leute säßen, die nicht viel Ahnung von Fischerei hätten, jedoch trotzdem Projekte zum Schutz von Tieren wie den Steinkrebs durchführen wollen [FI 121]. Es gibt keine Aussagen zur Rolle von FPMS für die Ilzallianz.

g. Einladung: Versammlung zum Umgang mit Wildschweinen

Abbildung 2: Einladung für eine Versammlung zum Umgang mit Wildschweinen

An die Außenstehende Adresse	
Ihr Zeichen, ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
Sehr geehrte Damen und Herren,	
die Schwarzwildpopulation in den [] nimmt stetig zu. Mit dem Anstieg des Schwarzwildes nehmen auch die Wildschäden in der Landwirtschaft stark zu. Außerdem steigt die Seuchengefahr an. Zusätzlich werden Jagdvergaben auf Augenhöhe zunehmend erschwert, da von Pächterseite in der Regel die Übernahme des Schwarzwildschadens im Jagdpachtvertrag abgelehnt wird.	
Um dem entgegenzuwirken, müssen unserer Ansicht nach die Jäger und die Landwirtschaft zusammenarbeiten. Auch die Unterstützung der Politik ist dringend erforderlich.	
Wir laden Sie deshalb am [] zur gemeinsamen Aussprache nach [] ein. Treffpunkt ist um []	
Anschließend werden wir im Nationalpark einen Saufang besichtigen. Herr [] Leiter Sachgebiet Wald- und Schalenwildmanagement, Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald, wird uns über die Erfahrung beim Einsatz des Saufanges berichten.	
Im Anschluss findet im [] der Diskussions- und Erfahrungsaustausch statt.	
Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.	
Mit freundlichen Grüßen	